

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Ost- u. Westpreußen 2,50 M., im Ausland 3,00 M., einschließlich Postgebühren. Einzelhefte 10 Pfennig. Unter Streifenband bringen für Deutschland und Österreich 12,50 M., für das übrige Ausland 15,00 M. jährlich. Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,50 M. Redaktion und Expedition: Berlin W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Roden 823-26 und 9769.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Leserkontingents. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leserkontingents. Kaufleute Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellengesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellenangebote in Wortanzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Inseraten-Abteilung: Berlin W. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Roden 823-26, Buchhandlung Zentrum 2645. „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2030.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Einwohnerwehr an der Arbeit.

Bildung eines freiwilligen Hauschutzes.

Offiziell sind die Einwohnerwehren aufgelöst. In Wirklichkeit treiben sie aber ihr gegenrevolutionäres Handwerk ruhig weiter fort und bereiten alles vor, um einem neuen reaktionären Putz ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Unter dem Datum des 26. April erließ die Leitung des Bezirkes 6 der Einwohnerwehr in Berlin, deren Sitz sich in der Oranienstr. 19a befindet, eine gedruckte Einladung zur Vollversammlung am Montag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, in der Aula der 100. Gemeindefschule, Reichsberger Str. 67/70. Als Tagesordnung war angegeben: 1. Auflösung der Einwohnerwehr. 2. Bildung eines freiwilligen Hauschutzes (zwanglose Vereinigung ehemaliger Mitglieder der E.W.). 3. Mitteilungen. Ausgabe der verliehenen silbernen Falkeninsigne. Die Einladung ist gezeichnet von: v. Pfilschedl und Hoffmann.

Ueber diese Sitzung ist uns unmittelbar nach ihrem Stattfinden ein Bericht zugegangen, den wir auf seine Richtigkeit hin geprüft und dabei festgestellt haben, daß alle seine Angaben vollkommen einwandfrei sind. Der Bericht lautet:

Die Sitzung wurde am 3. Mai abends 8 Uhr eröffnet. Anwesend waren ungefähr 200 Personen. Der Punkt 1 der Tagesordnung wird vorweg genommen und die silbernen Falkeninsigne nebst Diplom durch den Major von Pfilschedl mit dem üblichen Händedruck verliehen.

Zu Punkt 1 und 2 erstattet der Abteilungsleiter Hoffmann Bericht und gibt bekannt, daß die E.W. nicht, wie es fälschlicherweise in den Zeitungen stand, aufgelöst ist, sondern nur die Centralstelle der E.W. aufgehoben und an deren Stelle eine Arbeitsstelle getreten ist. (Gelächter.) Die Abteilungen selbst sind zur Inaktivität verurteilt, doch habe der Polizeipräsident gestattet, daß die Waffenscheine vorerst ihre Gültigkeit behalten. Die Ministerien selbst seien verschiedener Ansicht über die Auflösung der E.W., so habe z. B. der Minister des Innern in Preußen (Severing) sich gegen die Beibehaltung der E.W. ausgesprochen, während dem entgegengesetzt der Reichsminister (Koch) der E.W. wohlwollend gegenübersteht. Leider müsse auch er sich dem Beschluß der Entente fügen. Es besteht aber die Möglichkeit, bei den kommenden Verhandlungen mit der Entente, welche voraussichtlich in Spaa stattfinden, durchzusetzen, daß die Bildung eines Hauschutzes zugelassen wird. Die Beamten der Kreisämter haben auch seiner Zeit gegen die Auflösung der E.W. Einspruch erhoben, doch konnten sie nicht tatkräftig genug eingreifen, da sie als Reichsbeamte fest angeheftet sind und bei zu großer Stellungnahme für die E.W. riskieren müßten, ihre Stellen zu verlieren. Vorläufig kann sich die E.W. nicht aktiv betätigen und empfiehlt es daher das gleiche zu tun, wie es in den übrigen Bezirken geschehen ist, d. h. innerhalb der bestehenden Grenzen einen Zusammenschluß herbeizuführen, um im gegebenen Zeitpunkt wieder vollständig zusammen zu sein.

In der Diskussion sprachen mehrere Redner und wurde folgendes vorgebracht: Es ist bedauerlich, daß unsere Minister nicht jenseit Maßstab besitzen, wie ihre süddeutschen Kollegen und den Befehlen der Entente so wenig Widerstand entgegenzusetzen. Im übrigen ist es ja allen Herzen bekannt, daß unsere Regierung keine Regierung des Rechts (Zuruf des Vorsitzenden: Regierung von links) ist, sondern eine Regierung, welche ihre Taten durch die Diktatur der Straße bestimmen läßt. Herr A. stellt die Frage, ob wir überhaupt noch deutsche Männer wären oder bereits zu Hundern herabgesunken sind, daß wir uns ein derartiges Verlangen der Entente auf Auflösung der E.W. ruhig gefallen lassen. Auf jeden Fall wissen wir, was wir von der jetzigen Regierung zu halten haben, was auch jeder am 6. Juni bedenken muß und danach zu handeln hat. Der Vorsitzende Hoffmann ermahnt hierauf zur Mäßigkeit, da die E.W. kein politischer Verein ist. Nach den fast gleichlautenden Ausführungen des nachfolgenden Redners, welcher ebenfalls auffordert, am 6. Juni für die Rechtsparteien zu stimmen, läßt er mit der Masse Beifall, erklärt aber im gleichen Atemzuge, daß er als Vorsitzender neutral bleiben müsse.

Der Major von Pfilschedl gibt bekannt, daß die Abteilungsleitung bis zum heutigen Tage unausgesetzt tätig war, um das Weiterbestehen der E.W. zu gewährleisten. Er teilt u. a. noch mit, daß es der Begleitungsleitung unter unendlicher Mühe möglich gewesen ist, die Waffenscheine zu verhindern. Einzelheiten kann er leider nicht anführen, da die Angelegenheit streng vertraulich behandelt werden mußte, doch möchte er nicht unerwähnt lassen, daß im Ernstfall genügend Gewehre und auch etwas großkalibrige Waffen vorhanden sind.

Es wird dann der Antrag gestellt, eine Protestver-

berufen. Die Abteilungsleitung ist der Ansicht, daß sie hierzu nicht befugt ist und stellt es den Mitgliedern anheim, selbst eine derartige Veranstaltung zu veranstalten. Herr G. stellt zur allgemeinen Zufriedenheit den Antrag, die Versammlung zu schließen, bittet aber die Anwesenden, alle im Saal zu verbleiben. Der Vorstand verläßt hierauf seine Plätze und Herr G. schlägt nun vor, einen Ausschuß zu wählen, welcher sich mit den sechs Berliner Bezirken in Verbindung setzt, um ein Zustandekommen einer Protestversammlung herbeizuführen. Als Ausschuß wird der alte Vorstand vorgeschlagen, und ist durch dieses Mandat der alte Vorstand wieder an der Spitze. Major von Pfilschedl hat jedoch noch Bedenken, daß die Protestversammlung als gegen die Regierung gerichtet aufgefaßt werden kann, doch kommt er schließlich zu der Einsicht, daß eine derartige Versammlung keine politische ist. Er bittet aber noch, einige Mitglieder hinzuzuwählen, damit der Ausschuß unauffällig arbeiten kann. Auch wünscht er nochmals, daß größte Verschwiegenheit über alle Besprochenen bewahrt wird, insbesondere über die Waffenangelegenheit nicht gesprochen wird.

Ein weiterer Redner spricht gegen den Vorschlag eines Herrn, welcher für Weitergabe eines Protestes an die Zeitungen gesprochen hat. Zur Begründung führt er an, daß hierdurch die gegnerische Presse auf den Plan geführt wird und bei einer eventuellen Protestversammlung die Unabhängigen mit Steinen und anderen Wurfgeschossen erschlagen würden.

Nach kurzer Aussprache wird der Ausschuß beauftragt, so schnell wie möglich eine Verständigung der gesamten Bezirke herbeizuführen und eine Protestversammlung anzuberaumen, wozu alle Mitglieder rechtzeitig eingeladen werden. Nachdem nochmals ein vertrauliche Behandlung der gehaltenen Aussprache erzuht wird, wird die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Dieser Bericht bestätigt alles, was war seit den Rapp-Lagen warnend verkündeten. Die Einwohnerwehr lebt, sie hat es verstanden, die Waffenabgabe resillos zu verhindern und hat dabei nach ihren Angaben sogar die Unterstützung des Polizeipräsidenten gefunden, der gestattet haben soll, daß die Waffenscheine vorerst ihre Gültigkeit behalten. Selbstverständlich genießt sie auch die Unterstützung des angeblich demokratischen Reichsministers Koch, den anscheinend die Sorge um seinen Ministerposten nach Unterstützung der reaktionären Elemente Umschau halten läßt.

Es ist ein Kennzeichen für die böllige politische Machtlosigkeit der gegenwärtigen Regierung, daß sich ganz offen die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg vollziehen können und daß keiner der reaktionären Gesellen die geringste Gefahr läuft, wegen seines Verhaltens zur Rechenschaft gezogen zu werden. Interessant ist aber auch, daß die einzige Macht, vor der diese sonst so großspurige Gesellschaft Angst hat, die Arbeiter der unabhängigen Partei sind, trotzdem der Einwohnerwehr nach ihren eigenen Angaben „im Ernstfall genügend Gewehre und auch etwas großkalibrige Waffen“ zur Verfügung stehen.

Alle zaghaften Elemente, die angeblich nicht wissen, wie sie diese reaktionäre Bande zum Teufel jagen können, könnten daraus lernen, daß es nur der Bewaffnung eines kleinen Teils der Arbeiterschaft bedürfte, um alle reaktionären Putzversuche im Keime zu ersticken.

Frankreich und Oesterreich.

Ratifikation des St. Germainer Vertrages.

Paris, 27. Mai.

Der österreichische Friedensvertrag ist gestern in der Kammer ratifiziert worden. Die Sozialdemokraten haben in einer begründeten Erklärung den Vertrag abgelehnt. Aus der Debatte ist nachzutragen, daß der Sozialist Sembat erklärte, Oesterreich könne wirtschaftlich nicht allein existieren, aber man unterlasse ihm, daß es sich an jemand anlehne. Die Verträge mit Oesterreich und Deutschland müßten berichtigt werden. Auf ihnen könne sich kein dauernder Frieden aufbauen. Man könne die Böcker nicht verhindern, sich aus wirtschaftlicher Solidarität zu vereinigen.

Raffins Ankunft in London.

London, 27. Mai. (Reuter.)

Der Leiter der Delegation der russischen kooperativen Vereinigungen, Raffin, ist heute in Newcastle eingetroffen und wurde von Vertretern des Kundwärtsigen Komitees empfangen.

Die Parteien der Reaktion.

Mit dem Fluch eines ganzen Volkes belastet, mußten die alten Machthaber im November 1918 die Stütze ihrer unheilvollen Tätigkeit verlassen. Sie hatten das Land dem Ruin entgegengeführt, die deutsche Wirtschaft zum Bankrott getrieben, die Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung an ihrer Wurzel getroffen. Die Parteien des Bürgertums versuchten sich der beginnenden Abrechnung durch feige Flucht zu entziehen. Die alten Firmenschilder wurden heruntergeholt und neue Geschäftsbezeichnungen an ihre Stelle gesetzt. Insbesondere waren es die rechtsstehenden Parteien, die garnicht schnell genug die Spuren ihrer bisherigen Taten verwischen konnten. Sie stiegen zum „Volke“ herab, aus Konservativen, Freikonservativen, Antisemiten, Christlich-Sozialen und ähnlichen reaktionären Gruppen wurde die Deutschnationale Volkspartei; der rechte Flügel der Nationalliberalen Partei wandelte sich in die Deutsche Volkspartei um.

In der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch hüteten sich diese reaktionären Parteien wohlweislich, der Revolution Schuld an dem Unheil zu geben, das über Deutschland gekommen war. So schrieb Graf Bojadowsky in der „Post“ vom 9. November 1918:

„Es wäre eine Uebertreibung, zu behaupten, daß all das politische, wirtschaftliche und sittliche Elend, unter dem unser Volk leidet, eine Folge der Revolution sei. Die Ursache hiervon liegt in der seelischen, körperlichen und sittlichen Erschöpfung des Volkes als Folge eines vierundzwanzigjährigen Krieges, der uns überanstrengt und unsere Widerstandsfähigkeit geschwächt hat.“

Ein ähnliches Urteil gab die „Deutsche Tageszeitung“ am 9. November 1918 ab:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß die heutigen Verhältnisse durch einen langen Krieg hervorgerufen sind.“

Die reaktionären Blätter suchten sich den neuen Verhältnissen äußerlich dadurch anzupassen, daß sie, wie die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“ ihre monarchistischen Lösungen aus den Zeitungsdrucken entfernten, um dadurch den Anschein zu erwecken, als ob sie mit der Vergangenheit gebrochen hätten.

Durch die Schuld der Koalitionsparteien, insbesondere der Rechtssozialisten, konnte sich die Reaktion oder bald wieder erholen. Militarismus, Bureaucratie und Junkertum kamen aus ihren Schlupfwinkeln hervor und besetzten auf neue die in den Novembertagen geräumten Stellungen. Die Koalitionsregierung führte ihren Kampf gegen links und gewährte den reaktionären Parteien eine unendlich lange Zeit zu neuer Sammlung und Kräftigung. Bald konnten Deutschnationale und Volksparteiler die Massen folgen lassen und zu ihren alten Gewohnheiten zurückkehren. Die Folgen des Krieges, die sich in der Veretendung der Massen so außerordentlich fühlbar macht, führten sie in froher Falschung der Tatsachen auf die Revolution zurück. Die letzten Schleier fielen, das alte monarchische Banner wurde aufgezogen und offen die Wiederherstellung des alten Gewaltregiments proklamiert. So mußte diese Entwicklung naturgemäß in gerader Linie bis zum 13. März 1920 führen. Der Rapp-putsch ist offiziell zwar nicht von den beiden reaktionären Parteien in Szene gesetzt worden; aber die Putschisten waren von demselben Fleiß und Blut, woraus die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei bestehen. Die Herren Ludendorff, Rapp, Traub, Bauer, Lüttich, Fred. red. Harnisch und alle die anderen Männer des 13. März waren Parteigänger der Deutschnationalen oder der Volksparteier; man hätte ihnen Triumphbögen gebaut, wenn ihre Tat geglückt wäre, man schickte sie in die Verdammnis, als sie allzu schnell abgewirtschaftet hatten.

Was diese Parteien aber niemals ableugnen können, das ist die Tatsache, daß sie die alte Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung der minderbemittelten Bevölkerung, der politischen Knechtung der breiten Volksmassen, der militaristischen Ausbeutung der besten Kräfte des Volkes in vollem Umfange wiederherstellen wollten. Es ist kein Zufall, daß sich die Reigung der Großgrundbesitzer, der Schwerindustriellen, der Militärs, der Bureaucraten, gerade diesen beiden Parteien zuwendet. Es ist kein Zufall, daß die Deutschnationalen und die Volksparteier mit ungeheuren Mitteln in den Wahlkampf ziehen konnten. Sie sind die Schutztruppen aller jener Kreise, die im Schatten der Monarchie ihre eigenen volksfeindlichen Pläne verwirklichen, die das deutsche Volk in einen Rebanekrieg hineinziehen wollen, um noch einmal die Eroberung der armen

Welt durch das deutsche Großkapital und den deutschen Militärapparat zu verbinden.

Wenn die Deutschnationalen und die Volksparteier jemals wieder in die Lage kommen sollten, ihre Tätigkeit dort fortsetzen zu können, wo sie sie am 9. November 1918 abbrechen mußten, so hat Deutschland das Schicksal des unglücklichen ungarischen Volkes, die Weiden der Länder zu erwarten, in denen die russischen Gegenrevolutionäre Denikin, Sudenitsch und Koltschak solange gehaust hatten, bis sie von den Bolschewisten daraus vertrieben wurden.

In ihren Wahlaufrufen versprechen diese beiden Parteien den Wählern allerdings etwas ganz anderes; das tausendjährige Reich ist dem sicher, der an diese Versprechungen glaubt. Es ist zu erwarten, daß aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung nur noch wenige auf diesen reaktionären Wahlleim blühen werden.

So ist zusammenfassend festzustellen: Wer am 6. Juni seine Stimme für die Deutschnationale Volkspartei oder für die Deutsche Volkspartei abgibt, der muß wissen, daß er sich in die Gefolgschaft der Monarchisten und Militaristen, der Großgrundbesitzer und der Schwerindustriellen begibt. Wer diese beiden Parteien wählen hilft, der sorgt mit dafür, daß die alten schmachvollen Zeiten, die zum Ruin des deutschen Volkes geführt haben, wiederkehren, daß die Gefahr einer vollständigen Verkümmern des deutschen Volkes in die allernächste Nähe gerückt wird.

Die Regierung und die Russengefahr.

Vor den Vertretern der Presse gab der preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung Weichmann am Donnerstag folgende Darstellung der politischen Lage: Er erklärte, daß er alle versorgungsfeindlichen Bestrebungen verfolge, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, ihnen entgegenzutreten. Eine eigentliche Russengefahr bestehe weder von links noch von rechts und er müsse vor Uebertreibungen warnen.

Die Gefahr eines Russenputsches erschließt der Reichskommissar nicht in einer bestimmten Organisation, sondern in der Tatsache, daß die Auflösung der Freikorps und anderer militärischer Formationen bisher nicht zu ihrer völligen Beseitigung führte, sondern daß vielfach bewaffnete Banden auf das flache Land transportiert werden.

Der Reichskommissar folgte seine Ausführungen über die Lage dahin zusammen, daß wohl eine gewisse Gefahr bestünde, daß diese aber nicht akut sei, da sich jeder Deutsche jetzt noch Ruhe und Ordnung fühle.

Der Wahlkampf.

Wahlberechtigung nach Abschluß der Wählerlisten.

Die Soldaten, die nach Abschluß der Wählerlisten aus ihrem Truppenverbande entlassen worden sind, wählen auf Grund eines Wahlscheines, der ihnen ausnahmsweise ausgestellt wird, obgleich sie nicht in den Wählerlisten eingetragen sind.

Die Folgen der Badetur.

Folgende amtliche statistische Angaben über das Wachstum der Kriminalität infolge des Krieges, die für alle Länder mehr oder weniger in demselben Maße zutrifften, werden jetzt aus Österreich in einem Parlamentsbericht der Wiener Arbeiter-Zeitung bekannt:

Während bei den Gerichtshöfen in Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg im Jahre 1918 6728 Anklagen im Verbrechens- und Vergehensfache erhoben wurden, betrug die Zahl der Anklagen in solchen Fällen bei den gleichen Gerichten im Jahre 1918 bis zum Ende November 21 186; und im Jahre 1920 ist noch eine wesentliche Steigerung gegenüber dem Jahre 1919 zu bemerken.

Der im Interesse des Kapitals geführte Weltkrieg hat nicht nur Millionenopfer an Toten und Verwundeten, an Kulturgütern aller Art gefordert, er hat auch das Verbrechen groß gemacht.

Der Held von Gardelegen.

Ein Frage- und Antwortspiel.

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht folgende Aufschrift: Kürzlich las ich wieder im Deutschen Wochenblatt, wie Knapp-Runge auf jüdische Druckerbetriebe und Hamsterbetriebe schimpft.

- 1. Wo hat Herr Richard Runge vom Dezember 1915 bis zum Kriegsende für sein Vaterland gearbeitet? In Gardelegen t Altmark, beschäftigt beim dortigen Gefangenenlager.
2. Als was? Teils als Dolmetscher, teils als Kriegspropagandaredeuer.
3. In welchem Unterstand hauste und vegetierte der Anruferheld? In der Villa des Herrn Scholz in Gardelegen.
4. Aus welcher Heldische mußte Herr Helden-Runge - natürlich durch dichterischen Augenbogen - sein Essen holen? Er

Wir können uns diesen optimistischen Auffassungen des Staatskommissars nicht anschließen. Zahllos sind die Beweise dafür erbracht worden, daß in den reaktionären Kreisen die Absicht besteht, durch einen Putsch die Herrschaft der früheren Machthaber wieder aufzurichten.

Von der Regierung muß verlangt werden, daß sie endlich ihre vertrauensselige Haltung gegenüber den Rechtsputschisten aufgibt und schleunigst die Vereinbarungen durchführt, die nach dem Rapp-Rutsch zwischen den Vertretern der Regierungsparteien und den Arbeiterorganisationen zur Verhinderung der Wiederholung derartiger Ereignisse getroffen worden sind.

Polnische Niederlage bei Minsk.

D. A. Wien, 27. Mai.

Nach hier eingelaufenen Meldungen aus Prag und anderen Orten der Tschechoslowakei wird übereinstimmend berichtet, daß die polnische Ostergrenze im Raum von Minsk verheerend geschlagen sei.

Die roten Truppen vor Wilna.

Romans, 27. Mai.

Aus Wilna sind Nachrichten eingetroffen, wonach dort große Unruhe herrsche über den Vormarsch der russischen Truppen.

war, obwohl ortsfremder Soldat, als Selbstversorger ein getragen in Gardelegen.

5. Wer hatte in Gardelegen Räder gepachtet und denselben durch russische Gefangene besetzen lassen? Herr Heimats-etappen-Runge.

6. Wer hat während der ganzen Zeit im Schützengraben in Gardelegen ein großes Gefährt, so daß sogar der Lagerkommandant, Oberst Gruener, mit Wimperren drohte? Familie Helden-Runge.

7. Wer hat versucht, zusammen mit Wöbeln ein Engros-Damsterlager nach Berlin zu bringen, so daß eine Verfolgung seitens der Gemeindebehörden erfolgte? Herr Damster-Runge.

8. Wer hat nach der Revolution noch den 8-Uhr-Frühzug nach Berlin benutzend, etwa einen Zentner Fleisch- und Wurstwaren nach Berlin gebracht, trotz des Verbotes in Gardelegen, Fleischwaren auszuführen? Familie Damster-Runge.

Freitag abend 7 Uhr:

Wählerverfammlungen der D. S. P. D.

- Kaffbrauerei, Kempelhof-berg
Unionsbrauerei, Rosenbeide
Bühles Festsäle, Dennewitzstraße
Fayenhofer Brauerei, Turmstraße 24-26
Arbeiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 23-24
Sopplensäle, Sophienstraße 17-18
Zentral-Festsäle, Alte Jakobstraße 22
Kubers-Festsäle, Kubersstraße 21
Schonert, Annaststraße (Mummelsburg, Bahnhof)
Nöwen-Brauerei, Kochstraße
Schulhaus, Böttcher-, Ede Bankstraße
Schulhaus, Christianstraße 26
Schulhaus, Pringen-Allee
Friedrichsberg, Pödenner Straße
Borchers Festsäle, Weberstraße
Schulhaus, Braunsstraße 11
Oltbaer Straße
Weissenhagener Straße 20-21
Senefelderstraße 6-7
Reichsberger Straße 27
Wagner Straße 10-17
Wölfler Straße 51
Monteuffelstraße 7
Märkischer Hof, Adolfsstraße
Güb-Ort, Bademarstraße 76
Charlottenburg: Schulhaus, Mommsen-Gymnasium, Wornitzstraße; Schulhaus, Reringstraße; Volkshaus, Rosinenstr. 4
Schöneberg: Schwarzer Adler, Hauptstr. 144; Comenius-Schule, Frankfurterstraße
Lichtenberg: Café Bellevue
Neußlin: Altem Festsäle, Hafenbeide; Hindl-Brauerei, Hermannstraße; Kaiser-Friedrich-Gymnasium, Kaiser-Friedrichstraße 208 (Reomtenversammlung)
Treptow: Baumshulenhof; Brauns Gesellschaftshaus, Am Bahnhof Treptow.
Friedenau: Reformgymnasium, Komuthstr. 6
Klitterfeld: Schönel, Hindenburgdamm 104
Schmargendorf: Grünwald-Kafé, Hubertushof Str. 7/8
Weißensee: Borussia-Brauerei, Berliner Allee 9/11
Pankow: Zum Fürstentum, Berliner Str. 102
Reinickendorf-Ort: Hubertussäle.
Für Teufelstamme: Müller-Säle, Kaiser-Wilhelm-Straße.
(Die führenden Genossen werden gebeten, ihre korbstammten Kollegen auf die Versammlung aufmerksam zu machen.)

bis von der Front kommen, aber nicht. Die Okkupationsbehörde erließ an die Bevölkerung einen Aufruf, in dem sie zur Ruhe aufforderte und an die Jungmannschaft die Aufforderung richtete, an die Front zu gehen.

Die polnische Niederlage vergrößert sich.

D. A. Warschau, 27. Mai.

Die von der Front eintreffenden Nachrichten lauten weiterhin beunruhigend. Die Frontstation Nowa arbeitet seit dem 26. d. M. nicht mehr. Der Ditschew ist von den Polen getrieben worden.

Die russisch-litauischen Friedensverhandlungen.

Romans, 27. Mai.

Bei den Friedensverhandlungen zwischen Litauen und Rußland geht, wie gemeldet wird, Rußland den Litauern Wilna als Sandkastel zu. In einigen Fragen besteht vollständige Uebereinstimmung.

Beschlüsse der Bolschewikerkonferenz.

H.N. Paris, 27. Mai.

Die Bolschewikerkonferenz hat ihre Unterredung in der Schleswigfrage beendet und wird ihre Beschlüsse, sobald die letzten Formalitäten beendet sind, den in Frage kommenden Staaten vorlegen.

Abgang der ersten schwedischen Waren nach Rußland. Die Baltic Exportoren-Gesellschaft hat eine Schiffsladung landwirtschaftlicher Maschinen bereits über Rom nach Rußland geschickt.

Ebert als Schuldhafter der Klassenjustiz.

F. Sch. Der „Vorwärts“ macht in seiner Nr. 260 am Sonnabend, den 22. Mai, einen letzten und verzweifelten Versuch, seinen Parteigenossen Ebert gegen den Vorwurf der Verleugnung sozialistischer Grundzüge, in Schutz zu nehmen und sein Verhalten zu verteidigen. Dieser Rechtfertigungsversuch ist vom Standpunkt des Rechtssozialisten verständlich, denn der Glorionschein, der bisher das würdevolle Haupt des „grundhaltreuen“ sozialdemokratischen Reichspräsidenten umstrahlte, ist durch die Bestätigung der Todesurteile, die die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet gegen drei Arbeiter ausgesprochen hatten, im Verblaffen begriffen. Deshalb muß der „Vorwärts“ fünf Minuten vor den Wahlen kampfhaft die undankbare Aufgabe erfüllen, zu rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen ist.

Dabei hat das Blatt die Angelegenheit durchaus nicht etwa auf die leichte Schulter genommen. Im Gegenteil, es geht ganz systematisch an die Arbeit und spaltet zu diesem Behufe den republikanischen Staatslenker zunächst in zwei Teile. Und der erste Teil, den die sozialdemokratische Partei zur einen Hälfte aus einem Sozialdemokraten und zur anderen aus einem Reichspräsidenten besteht, als grundhaltreuer Sozialdemokrat — so definiert der „Vorwärts“ weiter — hätte er sich der Forderung des Punktes 8 des Erfurter Programms, „Abkündigung der Todesstrafe“ nicht entziehen können. Währen durfte er auch die drei Todesurteile nicht befähigen.

Der Aufwand an Worten, den der „Vorwärts“ dagegen bei der Verteidigung der anderen Hälfte der Materie aufwendet, ist für die Verlegenheit, in der er sich befindet, so grabierend, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorzuenthalten wollen. Wir geben ihn also im Wortlaut wieder:

Nun aber der Reichspräsident. Seine Stellung ist verfassungsmäßig unangreifbar. Er kann, selbst wenn er der weisheitsvolle Mensch ist, nicht nach seinem eigenen Ermessen handeln und so ein neues „persönliches Regiment“ aufrichten, sondern er ist an die verfassungsmäßigen Kompetenzen gebunden, gerade als Sozialdemokrat. Der Genosse Ebert, der ein Menschenalter für die Idee des Sozialismus im Vordergrund stand, wird sich über die neuesten Angriffe auf ihn nicht wundern. Hat er doch in den letzten Jahren schon ärgeres erlitten, als daß man ihn des Mordbetrags bezichtigt. Immerhin hat er in dem ihm von der Partei angetragenen Amt während den Weimarer Jahren: Entweder lebhaft als Parteimitglied oder als neutraler, über den Parteien stehender Reichsvertreter zu wirken.

Dieser Weimarer Konflikt tritt natürlich doppelt und dreifach in Erscheinung, wenn ihm das letzte Wort über Tod und Leben gesprochen wird.

„Sein Gewissen hat ihn in dieser Situation zur Befreiung der Todesurteile und somit zum Verzicht sozialistischer Programmpunkte bewogen.“ hätte der „Vorwärts“ logischerweise fortfahren müssen. Statt dessen wagt er seinen Lesern die Kost, um sie ihnen schuldhafter zu machen, mit einem Appell an die niederen Instinkte und schildert ihnen nun in breiter Form und in nicht mißzuverstehender Weise die Einzelheiten der von den zum Tode Verurteilten begangenen Straftaten. Dabei entschuldigt ihm auch ein Hinweis auf den Geiselmord in München.

Wir haben den Geiselmord und ähnliche Ausschreitungen stets verurteilt. Gerade diese unsere Stellungnahme ist es, die uns vom „Vorwärts“ und dem von ihm verteidigten Reichspräsidenten trennt. Denn während der „Vorwärts“ nur über diejenigen Arbeiter, die während einer Periode revolutionärer Erhebung gestrebt und gegen Recht und Gesetz verstoßen haben, die Schale seines Ironie ergießt, dagegen diejenigen, die während eines Zeitabschnittes des Wiedererstarkens der Reaktion Schutzsuchenden begannen, mit keiner Silbe gedenkt, haben wir bisher jede Objektivität geübt.

Gerade Ebert, der doch nach der Deduktion des „Vorwärts“ „ein Menschenalter für die Idee des Sozialismus im Vordergrund stand“, mußte doch während dieser Zeit schon einmal etwas von einer Klassenjustiz gehört haben, von dem Willen der Justizbehörde, die trotz der Binde vor den Augen stets sehr befähigt zu unterscheiden wußte, weisen Los auf ihrer Waage lag, dasjenige eines revolutionäre oder eines reaktionäre Gesinntem. Und wenn dem Blatt der Hinweis auf die Geiselmord in München entschuldigt, so wollen wir diesem Hinweis den Nord an den 11. katholischen Geiseln, der von Angehörigen der Reichswehr begangen wurde, entgegenhalten.

Welches gleich verdammenwerte Scheußlichkeiten! Nur wurde der Geiselmord von Arbeitern, die nach Ansicht des Staatsanwalts „aus leuchtend politischen Motiven gehandelt“ hatten, ausgeführt, während der Geiselmord von ausgesprochenen Reaktionären verübt wurde. Und während von den Geiselmördern sieben zum Tode und zehn zu insgesamt 150 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, hielt der Staatsanwalt im Geiselmordprozess folgende Verteidigungsrede: „Man hat in der letzten Zeit oft die Tat vom Karolinenplatz (Geiselmord, D. N. H.) mit dem Geiselmord im Kulturvolk-Gymnasium in Karlsruhe gestellt. Man kann aber meiner Ansicht nach die beiden Mordtaten nicht miteinander vergleichen. Es haben nichts miteinander zu tun, als die Grausamkeit der Tat. Der Geiselmord wurde aus leuchtend politischen Motiven von den Führern provoziert. Am Karolinenplatz waren die Führer unschuldig. Dort war es Mord, hier ist es Totschlag.“ Daß auch das Urteil dementsprechend ausfiel, bedarf eigentlich keines besonderen Hinweises: Zwei zu je vierzehn Jahren Zuchthaus, einer zu einem Jahr Gefängnis und ein anderer wurde freigesprochen.

Ist das nun Klassenjustiz oder nicht? Grinst sie und nicht aus diesen beiden Urteilen allein schon in geradezu klaffender Formvollendung entgegen? Und hätte der so oft von Gewissenskonflikten heimgesuchte Ebert, als neutraler, über den Parteien stehender Reichsvertreter nicht die Pflicht gehabt, mit eisernem Wesen zwischen die reaktionären und verstandenen Gerichtsverordnen zu fassen und zu verlangen, daß in „seiner“ Republik die Urteile ohne Ansehen der Person gesprochen und gesüßt werden? Weil aber beide, der „Vorwärts“ sowohl, wie der von ihm verteidigte Reichspräsident, kein Wort des Abkündens gegen diese offensichtliche Unrechtschaffenheit ahnden haben, der „Vorwärts“ den

Geiselmordprozess sogar noch zu seiner Beweiskführung heranzieht, haben sich beide zu Verteidigern und Schuldhaltern dieser Klassenjustiz herabgewürdigt.

Die Drossel auf den Mann.

Früh Rüd hat die Stirn, in der „Roten Fahne“ unseren Genossen Crispian in geschäftiger Weise persönlich anzugreifen. Und zwar „als einer, der die Dinge aus der Anschauung kennt“, beschäftigt sich Rüd mit einer Konferenz des Arbeiter- und Soldatenrats in Stuttgart vom 10. November 1918, die zur Bildung einer Regierung für Württemberg Stellung nahm. Genosse Crispian blieb auf Beschluß der Konferenz in der Regierung. Rüd schreibt nun in der „Roten Fahne“: „In diesem nun folgenden Ministerium, bei dieser gemischten Gesellschaft, hielt Artur Crispian es so lange aus, bis er eines schönen Tages, es war am 10. Januar 1919, ausgeschieden wurde, er wußte selbst nicht wie.“ Rüd hat nicht alles in der „Roten Fahne“ erzählt, was er „aus der Anschauung kennt“. So hat er vergessen, zu erzählen, daß er selbst Mitglied der damaligen Regierung werden wollte, und daß man ihm auch den Vorschlag tat, ihn in die Regierung zu wählen. Daß Rüd nicht Minister wurde, war wirklich nicht seine Schuld. Es lag nur daran, daß ihn die übrigen Regierungsmitglieder ablehnten, weil sie Rüd nicht die geistigen Qualifikationen für ein solches Amt zuerkennen konnten. Rüd hat ferner vergessen zu erzählen, daß sich in der gemischten Gesellschaft der damaligen württembergischen Regierung eine Delegation aus der kommunistischen Fraktion befunden hat. Dafür erzählt Rüd Märchen über die „Ausweisung“ des Genossen Crispian aus der Regierung. Genosse Crispian trat im Januar 1919 aus der Regierung aus, als die Mehrheit der Regierung sich entschlossen hatte, gegen demonstrierende Arbeiter mit Waffengewalt vorzugehen. Genosse Crispian hat sich an diesen Arbeiterdemonstrationen persönlich als Redner beteiligt und sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt. Sein Mandat als Mitglied der Regierung legte er in einer schriftlichen Erklärung, gemeinsam mit unserem Genossen Fischer, in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats zurück. Genosse Crispian hat sich in jeder Situation so korrekt verhalten, daß ihm von unseren Parteigenossen noch wie vor die höchsten Vertrauensposten anvertraut wurden. Rüd weiß, daß er mit seinen Verleumdungen in Württemberg, wo die Arbeiter die Ereignisse mitemleben, nicht auftreten darf. Er hofft offenbar, in Berlin bessere Resultate mit seinem Verleumdertum zu erzielen. Es ist ungeheuerlich einen Rüd, wenn er jetzt nicht vor persönlichen Gehässigkeiten einen Mann zurücksetzt, in dessen Hause er unter der Maske eines ehelichen Freundes jahrelang verkehrt hat. Eine Partei, die solche Vorkämpfer hat, bringt sich selbst um die letzten Reste von moralischem Ansehen und Kredit bei den Arbeitern.

Die Untersuchung von Baasches Erschießung.

Das Preussische Ministerium des Innern hat in Verfolg seiner Untersuchungen über die Erschießung des Kapitänleutnants Baasche einen sehr erfahrenen Kriminalbeamten nach Hoozert entsandt, um dort nochmals durch eigenen Augenschein alle Angaben und Auslagen genau nachzuprüfen.

Überwachung des Telegrammverkehrs nach dem Auslande.

Auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums ist die Überwachung des Privattelegrammverkehrs nach dem Auslande wieder eingeführt worden. Es soll zur Bekämpfung der Kapital- und Steuerflucht, sowie zur Verhinderung der Ausfuhr von Gold und Wertpapieren nach dem Auslande dienen. Verkehrsbeschränkungen sollen nicht erfolgen, eine politische Überwachung, so wird versichert, sei ausdrücklich ausgeschlossen.

Wenn man auch billigen mag, daß zur Verhinderung der Kapitalverflechtung nach dem Auslande zweckentsprechende Maßnahmen getroffen werden, so müssen doch Garantien dafür gegeben werden, daß die Überwachung der Telegramme nicht ebenso in eine Doppelzählung ausartet, wie es bereits bei der Überwachung des Briefe und der Telephonie wiederholt festgestellt werden mußte. Vor allen Dingen muß festgestellt werden, welche Personen mit dieser Überwachung betraut werden. Sind es etwa dieselben Elemente, die ein ähnliches Mandat bereits während des Krieges ausgeübt haben und aus alter Gewohnheit sich eine Zensur und Bespitzelung des Inhaltes der Telegramme anmaßen werden? Bevor nicht die Garantie dafür gegeben ist, daß die Überwachung der Telegramme lediglich nach technischer Grundrissen und von zuverlässigen Personen ausgeübt wird, wird man der Versicherung, daß eine politische Überwachung ausgeschlossen sei, nur geringen Glauben beimessen.

Die litauische Verfassungsberatung.

Die zweite Beratung der provisorischen Verfassung Litauens wurde begonnen. Hauptgegenstand war die Frage, ob für Litauen ein besonderer Staatspräsident notwendig sei oder nicht. Die Frage wurde zur nochmaligen Prüfung an die Kommission übermitten. Der Vorschlag der Sozialisten lautet, das Präsidium der Konstitution oder der Ministerpräsident solle die Funktionen des Staatspräsidenten mit ausüben.

Präsident Maffray wiedergewählt.

Beag, 27. Mai. In gemeinsamer feierlicher Sitzung der beiden Kammern der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik wurde heute die Wahl des Präsidenten der Republik vorgenommen. Es wurden insgesamt 411 gültige Stimmzettel abgegeben, von denen 264 auf Dr. Maffray lauteten. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren hatten keine Stimmzettel abgegeben. Dr. Maffray ist somit gewählt.

Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakischen Republik in ihrer gemeinsamen Sitzung Stellung zur Wahl des Präsidenten der Republik und nahmen einstimmig folgenden Beschluß: Die Mitglieder beider Klubs werden bei der Wahl des Präsidenten keine Stimmzettel abgeben. Dieser Beschluß richtet sich nicht gegen die Person Maffrays, sondern gegen sein Amt, das mit einer solchen Wahl ausgeübt werden soll und der Verleihung des Präsidenten eine so übertragende Gewalt gegenüber der Volksgewalt gibt, daß darin eine wesentliche Einschränkung der Demokratie erblickt werden muß. Durch Abgabe leerer Stimmzettel beabsichtigen wir unseren Protest nicht nur gegen die verfassungswidrige Stellung des Amtes des

Präsidenten, sondern auch gegen das Zustandekommen dieses Staats durch die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der in seinen Rahmen gezwungenen Völker und das gegen, daß die jetzt geltende Verfassung unter Ausschluß der Vertreter dieser Völker geschaffen wurde.

Die Ordnungshüter in Asien.

H.N. London, 27. Mai. Der „Daily Express“-Korrespondent in Tokio interviewte die Herren Baron Goto und Otsuma über den Grundgedanken eines Abkommens zwischen Großbritannien und Japan. Goto sagte, das Abkommen sei unentbehrlich, um Indien und Tibet gegen die bolschewistische Gefahr zu schützen. Die Tatsache, daß zwei mächtige Staaten bereit sind, mit Gewalt diese Bewegung zu unterdrücken, wird einen guten Eindruck haben und bis zum Eintritt des Völkerbundes an dessen Stelle bleiben. Otsuma sagte, China bleibe die Gefahr für die Ruhe in Ostasien, wie der Balkan dies für Europa sei. Daher müßten Japan und England zusammen die Ruhe sicherstellen. Beide Staatsmänner betonten, daß Amerikas Beitritt zu dem bestehenden Bündnis sehr erwünscht sei.

Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission.

Gewerkschaftskommission und Betriebsräte. — Die Gewerkschaften und die Puffvorbereitungen.

In einer Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission gab gestern abend der Vorsitzende Ruch den Bericht über den bereits in Nr. 186 der „Freiheit“ veröffentlichten Organisationsentwurf zur Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften. Dieser Entwurf ist nach seiner Fertigstellung mit Vertretern der Betriebsrätezentrale der U. S. P. und S. R. D. besprochen worden.

Über einige bisher strittige Fragen, z. B. darüber, daß die Zusammenfassung aller Betriebsräte auf der Grundlage der Industriegruppen von den Gewerkschaften erfolgt, ist eine Verständigung erzielt worden, jedoch bedingen die Vertreter der Zentrale Mängel für die Betriebsrätezentrale bei der Erfassung maßgebenden Einfluß. Unter I. Absatz 9 (wirtschaftliche Richtlinien und Aktionen) verlangten dieselben Gewerkschaften den Zusatz, daß bei eventuellen Aktionen die endgültige Entscheidung die Generalversammlung der Betriebsräte treffen müsse. Ruch betonte, daß nach seiner persönlichen Auffassung sich dagegen nichts einwenden ließe. Dagegen können weder Parteien noch Gewerkschaften damit einverstanden sein, wenn die Mitglieder zu I. Absatz 4, verlangen, daß bei eventuellen politischen Aktionen die Betriebsrätezentrale über politische Parteien und Gewerkschaften stehe. Neben diese wie einzelne andere Fragen soll in einer Besprechung, die nach den Wahlen einberufen wird, eine Einigung erzielt werden.

In der Diskussion betonte Hensel (Angestellte), daß der vorliegende Entwurf eine Grundlage zur allgemeinen Verständigung biete. Ohne weitere Debatte stimmte die Versammlung dem Entwurf und den von Ruch gemachten Erläuterungen zu. Der von der Berliner Gewerkschaftskommission provisorisch angestellte Betriebsräteleiter Hildebrandt (Wühlhauer) besprach dann eingehend die technischen Vorbereitungen, die zur Ausführung der angenommenen Entwürfe notwendig sind. Am Schluß der Sitzung wurde der Antrag, die Gewerkschaftskommission möge vorläufig wegen der gegenwärtigen politischen Situation bis zur Einigung mit den Betriebsrätezentralen von einer selbständigen Zusammenfassung der Betriebsräte Abstand nehmen, gegen eine Stimme wurde dieser Antrag abgelehnt.

Die Versammlung trat dann in eine Besprechung der gegenwärtigen politischen Situation ein. Die einzelnen Organisationsvertreter brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß ihre Organisationen bereit seien, einen eventuellen Putsch von rechts mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abzuwehren. Wenn z. B. eine nationalsozialistische Korrespondenz ihr Ernteaufkommen zum Ausdruck bringt, daß die Arbeiterkraft und deren Organisationen der gegenwärtig herrschenden politischen Situation, das heißt den Vorbereitungen der Deutschnationalen und bezugs Dintermänner zu einem neuen Putsch, geradezu teilnahmslos gegenübersteht, so sei sie sehr schlecht informiert. Sollten es diese Herrschaften wagen, einen neuen 12. März herauszubekommen, so können sie es sich heute schon erlauben lassen, daß das Berliner Proletariat mit eiserner Entschlossenheit ihren verwerflichen Schandtaten entgegenwird.

Aus aller Welt.

Schweres Explosionsunglück in der Universität München.

München, 27. Mai. Im chemischen Laboratorium der hiesigen Universität wurden heute vormittag durch eine Explosion beim Experimentieren sechs Studenten verletzt und eine Anzahl schwer verwundet.

Über das Explosionsunglück im Chemischen Institut der Universität wird mitgeteilt: Im Hörsaal des Instituts experimentierte Professor Schenk vor ungefähr 300 Hörern. Bei einem Experiment mit Sprengstoffen, das sehr genau haben ohne irgendwelchen Unfall an sämtlichen Unvorsichtigkeiten vorgeführt wird, explodierte unter heftigem Knall der Inhalt einer großen eisernen Bombe und ergründete den in der Nähe stehenden Sprengstoff, einen im allgemeinen ungeschicklichen, langsam verbrennenden Stoff. Durch die Splitter der Bombe wurden sechs Studierende sofort getötet und zehn andere schwer verletzt. Von diesen ist inzwischen einer gestorben. Die Zahl der Verletzten ist noch. Professor Schenk ist nur am linken Oberarm leicht verwundet. Verschiedene Plätze war gleich zur Stelle. Von den Verletzten sind fünf aus München, der sechste aus Dortmund. Der siebente ist ein Ostpreuser aus Ostpreußen in Preußen.

Für den Wahlkampf mit geistigen Wahlen!

Die Revolution

Unabhängiges sozialdemokratisches Jahrbuch für Politik und proletarische Kultur

Schriftleitung: Felix Stössinger

Ein Programmbuch des sozialistischen Aufbaus durch die U. S. P. D.

Mit grundlegenden Beiträgen von Hugo Haase, Ernst Däumig, Artur Crispian, Kurt Eisner, R. Hillerding, Otto Jacobson, Karl Kautsky, Richard Seidel, Adolf Hoffmann, Emil Rabold, Felix Stössinger und vielen anderen.

47 Bände 24 Bände, Reich illustriert 272 Seiten mit farbigen Umschlag, Mark 12.—

Durch die Organisationsstelle mit Inhalt

Bestellungen insbesondere durch die Organisationsstelle erfolgt! Die Abnahme ist nicht groß, der Preis wird bald erhöht werden.

Verlagsorganisation: Freiheit, Berlin C, Breite Str. 86.

A. Wertheim Lebensmittel

Leipziger Strasse Königstrasse Rosenthaler Strasse Moritzplatz
Sowelt Vorrat

Neue Italienische Kartoffeln
ohne Marken
1 Pfd. 1⁴⁵ 5 Pfd. 7⁰⁰

Möwen-Eier Stück 1²⁰
Große Salzheringe Stück 1⁰⁰
Delikatesheringe Stück 30⁰⁰
Muscheln in Gelee Pfund 1²⁰

Spargel Pfund 40⁰⁰ 1²⁰ 1³⁰
Salat 3 Köpfe 65⁰⁰
Gurken Stück 2⁵⁰ 3⁷⁵
Radieschen 3 Bund 25⁰⁰
Italien. Zwiebeln .. Pfund 90⁰⁰
Kohlrabi Mandel 3⁰⁰
Zitronen 3 Stück 1⁰⁰

Anchovis Pfund 3²⁰
Herings-Rogen Pfund 1⁰⁰
Herings-Milch Pfund 1⁷⁵
Frische Schellfische Pfund 2⁰⁰

Reine Frucht-Marmelade
mit 50% Zucker gesüßt
markenfrei, Pfund 4⁹⁰

Frischer Kabliau in ganzen Fischen Pfd. 2⁵⁰
Schollen Pfund von 1⁰⁰ an
Steinbutten Pfund 6⁰⁰
Seezungen Pfund 6⁰⁰

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne
Der Richter von Zalomon.
Königs-Theater
Die Gwalthöfen
Staatstheater
Licht, Verborgt, Kostümball.
Führmann Henschel
Deutsches Theater
Hammerspiele
Großes Schauspielhaus
Berliner Prater
Circus Busch
Voigt-Theater
Lehrer-Vereinshaus
Dir. Kassner
Prinzessin Friedl

Trinnon-Theater
Myrrha
Residenz-Theater
Die Ruschhoffs
Casino-Theater
Onkel Cohn
Walhalla-Theater
Rose-Theater
Apollo-Theater
Theater a. Kottbus Tor
Berliner Prater
Circus Busch
Voigt-Theater
Lehrer-Vereinshaus
Dir. Kassner

Kammertanzspiele
Schönheitsfünze
Schloßbrauerei
Schöneberg
Entscheidungskampf
Konzert und Variété.
Abessinier-Pumpen
Alte Gebisse
Platin
J. Herz
M. 5000 Ueberschuss

Spielplan
Lichtspiel-Theater
Freitag bis Montag
Volks-Theater
Wer nicht in der Jugend küßt
Apollo-Lichtspiele
Die Herrin der Welt
Apollo-Theater
Versiegelte Lippen
Die Sucht nach Luxus

O-POLICE
keine Unterfuchung
keine erhöhten Prämien
volle Dividende
Bremen-Hannoverschen
Lebensversicherungs Bank AG
Vertreter gesucht.

UFA THEATER
Schiffe und Menschen
J. N. R. J.
„Henny-Porten-Zyklus“
Die Faust des Riesen
Gelöste Ketten
Der Galeerensträfling
Das grosse Licht
Die Brüder Karamasoff
Das einsame Wrack
Die drei Tänze der Mary Wilford

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin“
Sommertheater
Große Extra- und Elite-Vorstellung
Konzert und großes buntes Programm
Sprezzauber
15 Musikschlager
Täglich ausverkauftes Haus

Trauringe
Dukatengold, 900 gest. 14 kar., 585 gest. 8 kar., Gold 333 gest. von Mk. 60.- an per Stück.
Ankauf altes Gold, Silber, Platin, Brillanten und Zahngebisse, zahle höchste Preise.
Minoga, Berlin O, Grüner Weg 69
Telephon: Amt Alexander 2430.

Gardinen
Adam's Gardinen- und Teppich-Haus
Frankfurter Allee 56.

Büroräume
bis zu 500 Qm groß, möglichst im Zentrum gelegen, für sofort oder später zu mieten gesucht.
Deutscher Makler-Verband, Ortsverwaltung Berlin, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31.

Münzen, Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4 Norden 10 62L.
Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I. Etage, Ecke Bergstraße.
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10-12 und 4-8. Sonntags 10-13

Die Entwicklung der Valuta und die Ursachen der Wirtschaftskrise.

Vortrag, gehalten vor den Funktionären des Solgarbeiterverbandes.

Von Rudolf Hilsberding.

II.

Was nun die Wirkung der Geldentwertung auf die Auslandsbeziehungen anlangt, so benötigt das Ausland die deutsche Mark, um die Waren, die es in Deutschland kauft, bezahlen zu können. Die Kaufkraftfähigkeit des Auslandes für die deutsche Mark ist also eine begrenzte. Das Ausland braucht im allgemeinen so viel Mark, als es Ware aus Deutschland beziehen kann. Die Menge der Waren, die wir nach dem Kriege exportieren konnten, war verhältnismäßig klein, also war auch die Menge von Mark, die das Ausland brauchte, um diese Waren zu bezahlen, gering. Wir aber hatten einen außerordentlich hohen Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen, die wir vom Auslande kaufen mußten. Wir brauchten sehr viel mehr ausländische Zahlungsmittel, um die vom Auslande gekauften Lebensmittel usw. bezahlen zu können, als das Ausland von uns. Infolgedessen entstand in unseren ausländischen Beziehungen ein Defizit. Wir mußten, da wir nicht so viele Warenmengen exportieren konnten, um auf diese Weise dem Auslande Zahlungen zu leisten. Das hatte zur Folge, daß der Wert der Mark im Auslande außerordentlich rasch sank. Das Ausland brauchte unsere Mark nicht, denn es hatte ja dadurch genügend Mittel, die in Deutschland gekauften Waren zu bezahlen, daß es uns seine Waren verkaufte. Es nahm also die Mark auf in der spekulativen Hoffnung auf ein späteres Steigen des Markkurses.

Wir befanden uns also in der Zwangslage, immer mehr Mark ins Ausland zu bringen, während das Ausland nur eine begrenzte Kaufkraftfähigkeit dafür hat. Je mehr Mark wir ins Ausland brachten, um so tiefer sank der Kurs der Mark, und es sank damit zunächst auch die Aussicht, daß der Markkurs sich heben könnte. Dasselbe Entwicklung haben wir in Deutschland erlebt. Es gab Zeiten, in denen es überhaupt unmöglich wurde, österreichische Kronen in größeren Mengen ins Ausland zu verkaufen, selbst bei einem Preise von 1 Centimen für eine Krone, d. h. um ein Hundertstel ihres Wertes. Es war zu befürchten, daß dieser Zeitpunkt auch für Deutschland eintreten könnte, so daß wir dann um keinen Preis mehr in der Lage gewesen wären, Lebensmittel oder Rohstoffe vom Auslande einzukaufen.

Das Wichtigste bei dieser Entwicklung ist, daß der Wert der Mark im Auslande rascher herunterging als im Inlande. Während der Wert der Mark im Auslande nur 5 Pfennige war, betrug die Kaufkraft im Inlande vielleicht noch 15-20 Pfennige. Nun nehmen Sie folgendes etwas vereinfachte Beispiel: Der Preis einer Maschine in der Schweiz betrage 15 000 Franken. Der deutsche Fabrikant, der diese Maschine in die Schweiz verkaufte, erlöste dafür bei einem Kurs von 1 Mark = 5 Cent, 300 000 Mark. In Deutschland aber hatte die Mark gleichzeitig eine höhere Kaufkraft, um die Maschine zu fabricieren, brauchte er vielleicht bloß 200 000 Mark. Er machte also einen Valutagewinn von 100 000 Mark. Der Mann, der aus Deutschland eine Ware ins Ausland brachte, sie dort in Franken verkaufte und diese dann in Mark umtauschte, hatte durch diesen Verkauf also einen hohen Profit. Infolgedessen machten alle Exporteure bis in die letzte Zeit außerordentliche Exportgewinne, und solange diese Entwicklung des Sinkens der Mark andauerte, solange sich die Mark im Auslande rascher ent-

wertete als im Inlande, dauerten diese Exportgewinne an. Es war im Interesse der Exporteure, so rasch als möglich und so viel als möglich zu exportieren, weil das Sinken des Markkurses eine Art Prämie bedeutete. Es war die Zeit, wo so viel über den „Ausverkauf Deutschlands“ gesprochen wurde.

Ein drittes Moment spielt ebenfalls eine bedeutende Rolle. Ich meine die sogenannte „Flucht vor der Mark“. Wenn man annahm, daß die Entwertung der Mark fortschritt, so war es das größte Interesse, keine Mark zu besitzen, sondern reale Güter. Wenn ich im Monat Dezember 100 000 M. hatte, so konnte ich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß sie im Monat Februar weniger Kaufkraft besäßen. Wenn ich mir aber im Dezember für die 100 000 M. Ware hinlegte, so konnte ich damit rechnen, daß bei einer fortwährenden Entwertung des Geldes der Preis meiner Ware im Monat Februar bedeutend höher sein würde. Infolgedessen haben wir die Tendenz, das bare Geld los zu werden und es umzuwandeln in Warenbestände. Trotz der allgemeinen Warenknappheit haben wir, daß die Warenlager verhältnismäßig ausgedehnt, während die flüssigen Geldmittel gering waren.

Diese ganze Entwicklung erfuhr aber in dem Moment eine wesentliche Änderung, in dem sich eine Pause, ein Stillstand in der Geldentwertung zeigte, indem sich die Valuta besserte. Dieser Moment trat etwa Mitte März ein, und zwar aus verschiedenen Ursachen. Einmal spielen hier spekulative Momente eine gewisse Rolle, die mit der allgemeinen Politik zusammenhängen. Im Auslande wurde aus bestimmten Gründen die Meinung immer stärker, daß das Vorankommen der deutschen Wirtschaft unerlässlich ist für die Erholung der Weltwirtschaft, und daß es auch im Interesse der ausländischen Volkswirtschaft ist, wenn Deutschland sich erholt.

In den neutralen Ländern und in Amerika haben sich während des Krieges starke Warenlager aufgehäuft. Das gilt für Holland, Dänemark, Schweden, die Schweiz und in hohem Grade für die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Lager können sehr schwer abgesetzt werden. Weil bei uns und in den meisten europäischen Staaten das Geld in hohem Maße entwertet ist, können wir nur unseren allerdingendsten Bedarf decken. Die angeführten Länder haben daher ein starkes Interesse daran, daß die durch den Krieg verwüsteten Länder wieder als Käufer auftreten können, und das kann nur in der Weise erfolgen, daß ihnen zunächst von den valutastarken Ländern Kredite eingeräumt werden.

Zwischen sind solche Kreditabkommen abgeschlossen worden, z. B. mit Holland. Die Kredite werden in der Weise eingeräumt, daß wir Rohstoffe, Metalle, Baumwolle usw. erhalten. Wir verarbeiten diese Baumwolle und Metalle und sind in der Lage, einen Teil dieser Güter zu exportieren und die Rohstoffe zu bezahlen, während ein anderer Teil, durch unsere Arbeitskraft im Werte entwerdend erhöht, im Inlande bleibt oder dazu benutzt wird, um Lebensmittellkredite zu bezahlen. Es ist klar, daß sich die Verhältnisse der Valuta dadurch ändern, wenn solche Kredite eingeräumt werden. Durch den Umstand, daß Deutschland vom Auslande eine beträchtliche Summe von Zahlungsmitteln zur Verfügung gestellt wird, ist es möglich, seine neuen Markkummen ins Ausland zu bringen und so eine neue Senkung des Markkurses zu verhindern.

Ein zweites Moment wurde gerade in derselben Zeit wirksam. Bis vor kurzem wurden aus den besetzten Gebieten praktisch alle Waren in beliebiger Menge eingeführt, weil die Zollüberwachung versagte. Hier ist es durch Verhandlungen gelungen, das sogenannte „Loch im

Westen“ zu stopfen. Gleichzeitig wurde eine ganze Reihe von Einfuhrverboten für Luxuswaren im weitesten Sinne des Wortes erlassen. Auch das hatte zur Folge, daß die Mark, die früher zur Bezahlung solcher Waren nötig war, nicht mehr ins Ausland gebracht wurde. Dazu kam dann mit der Hebung unserer Produktionsfähigkeit und angereicht durch die großen Gewinnmancen eine Steigerung unseres Warexports (genaue Zahlen sind allerdings nicht bekannt, aber die Tatsache steht fest) und bedeutende Verkäufe von Wertpapieren, in letzter Zeit insbesondere an Stadtanleihen an Amerika.

All diese Momente, das spekulativ politische und die aus dem Handel sich ergebenden wurden ergänzt durch eine dritte Erscheinung, die uns auf den Inlandsmarkt zurückführt.

Und diese ist ausschlaggebend für die Erklärung der jetzigen Krise. Wir haben nach dem Kriege in ziemlich schneller Weise eine große Menge von Waren importiert und sie entweder dem inländischen Handel oder dem inländischen Konsum zugeführt. Wir haben gleichzeitig für alle Waren höhere Preise anlegen müssen. Das Preisniveau im Inlande hat sich immer mehr dem Weltmarktpreise genähert. Auch dort, wo, wie beim Eisen, offizielle Preise festgesetzt waren, die unter dem Weltmarktpreis standen, war es unmöglich, Eisen zu diesen amtlichen Preisen zu bekommen. Wenn man es kaufen wollte, mußten erhebliche Aufschläge gezahlt werden.

Wir haben auf der einen Seite also eine sehr schnelle Erhöhung der Preise, auf der anderen Seite eine viel langsamere Erhöhung der Löhne gehabt. Diese Differenz bedeutet natürlich, daß mit der steigenden Preisentwicklung die Kaufkraftfähigkeit des Inlandmarktes sich immer mehr verringerte. Die Massenartikel, die den Ausschlag gaben, konnten nicht mehr abgesetzt werden. Es kommt hinzu, daß noch andere Schichten als die Arbeiter im engeren Sinne ebenfalls gar nicht die Möglichkeit hatten, ihr Einkommen der Entwicklung der Preise anzupassen, wie die großen Schichten der Beamten, Festbesoldeten, kleinen und mittleren Rentnerbezieher usw.

Dieses Zurückbleiben der Löhne hinter der Preisentwicklung hat auf der einen Seite außerordentlich hohe Profite zur Folge gehabt. In der Berliner Konfektion z. B. rechnete man in der letzten Zeit mit Profitraten von 150 bis 200 Prozent, und vor kurzem haben wir den Abschluß eines großen deutschen Kaliverkes gesehen, das bei einem Aktienkapital von 40 Millionen einen Gewinn von 43 Millionen Mark in einem Jahre gemacht hat. Davon sind 30 Millionen als Dividende benutzt und 25 Prozent Dividende ausgeschüttet worden. Die Profite, die während der ganzen Periode des Sinkens der Valuta gemacht sind, sind also außerordentlich hohe gewesen.

Auf der anderen Seite haben wir die verringerte Kaufkraftfähigkeit der Käufer für die anstehende Produktion zu verzeichnen. Infolgedessen machte sich eine gewisse Stodung des Absatzes bemerkbar; zu den hohen Preisen waren die Waren nicht verkäuflich. Die Importeure sinnen an, die Warenbezüge aus dem Auslande einzustellen, und so hörte die Ausfuhr von Mark, damit also auch das Fallen der Mark im Auslande auf, während, wie erwähnt, unser Export zunahm, so daß wir die importierten Waren zum Teil mit den exportierten bezahlen konnten.

So mußte schließlich der Zeitpunkt eintreten, in dem das Fallen der Valuta, die Geldentwertung im Ausland zum Stillstand kam und der Kurs der Mark sich zu heben begann. Diese Bewegung begann etwa Mitte März und machte dann rasche Fortschritte.

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

Quackalberte vielleicht die Alte, um der Sternsteinhoferin 'n lieben G'land' wiederzugeben? Schon möglich. Vor Zeiten sagte man ihr nach, daß sie sich auf Kräuter und Trank verstände.

Aber doch wohl nicht. Denn der Bauer ging immer mit leeren Händen von ihr, und Sympathie wird das doch keine gewesen sein, daß er dann, wenn er sich unbelauert glaubte, in das Vorgärtel des Hergottsmachers schlüpfte, geraume Weile vor dem Häuschen stehen blieb und an einer Fensterleiste fast die Nase platt drückte? Auch ging auf dem Sternsteinhofe die Rede, man wüßte recht gut, welches Weis der Bauer herkäme, denn sei er bei der alten Hexe gewesen, dann gäbe er der Bäuerin kein gutes Wort.

Dreimal kam es sogar zu lärmenden Auftritten. Der Bauer überhäufte die Bäuerin mit kränkelnden Vorwürfen über ihr ungehobenes Wesen, von dem sie wohl gewußt haben werde, aber es ihm verheimlicht hätte, und als sie mit tränenden Augen auf die Wiege hinwies, kehrte er derselben, das Kind verheimlichend, den Rücken; beide Male war er unter Tages im Dorfe unten gewesen, Selene war eben auswärts, und die alte Hinzhofer hatte ihr Entseind, den kleinen, kraushaarigen Nepomuk, in ihre Stütze übergeholt.

Selene war es wohl in elflichen mondhellten Nächten, wo sie länger wach lag, vorgekommen, als ob etwas vor dem Fenster schattete, aber sie hatte es nicht arg noch acht; erst als man im Dorfe von den nächtlichen Gängen des jungen Sternsteinhofers zu sprechen begann und der kleine Muderl von einem schönen, freundschaftlichen Bauern schwätzte, der ihm viele schöne Sachen versprach, da reimte sich das Gerede der Leute und das Geplauder des Kindes zusammen.

Nach am selben Abende, nachdem sie sich darüber klar geworden, sah sie inmitten der Stube und machte einen langen Hals nach dem Fenster, und als außen Toni die Straße entlang kam, erhob sie sich kurz darauf und lief nach der Stütze ihrer Mutter.

Sie riß die Lüre hastig auf und warf sie schmetternd hinter sich zu, dann trat sie hart an den Bauern heran, die oekaltte Kausi vor seinem Gesichte rittelnd. „Du bist ein

elendiger Kerl! Is' s' dir nit g'nug, einmal an mein'm Unglück schuld g'west zu sein? Willst mich hüt auch noch als Weib in Verrut bringen?“

Die Hinzhofer drängte sich zwischen die beiden. „Geb' nur kein' Streit an in meiner Stütten.“ sagte sie, Selene's drohende Rechte am Handgelenk anfassend.

„Weng' du dich nit ein.“ schrie das junge Weib, sich heftig löstreigend. „Du weng' dich nit ein, weder so, — ich rat dir gut, — noch in and'rer Weis', wozu d' etwa Luft hätt'it! Was ich mit dem da hab' das is' allein zwischen uns g'weint!“

„Freilich wohl —.“ grinst die Alte; eine unmutige Bewegung und ein zorniger Blick des Bauern machte sie verstummen.

Toni schob sie zur Seite. „Doch s' nur.“ sagte er, „loß s'. Mutter Hinzhofer. Sie hat ja recht, wann s' mir 's Vergangene nachtragt, ich hab' schlecht an ihr g'handelt und 's is' mir übel g'nug au'gangen.“

„Sonst beschweret's dich nit viel.“ höhnte Selene. „Aber Gott is' mein Zeug.“ fuhr er fort, „und auch du kannst mich nit Lügen strafen, von Anfang war mein Absich'n a ehrlich's —“

„Und ich jung und dumm g'nug dazu.“ unterbrach sie ihn, „af's alleine Absich'n was g'geb'n. Aber du irrst, wann du denkst, ich trag' dir deswegen was nach. So ein Betrügen zwischen zwei'n, wobei allzeit 's Betrogene noch mithilft, weil sich's selber betrügt, das wipigt ein'm nur für ein andermal und damit is' 's aus und vorbei. Wann du mir aber hüt über die Weg' schleichst, mich als Weib für so schlecht halst, wie ich als Dirn' unbestunt war, hüt, wo's af ein Betrügn' unter dreien ankam', 'n Dritten dir g'lieb', und wo nur von ein'm unehrlichen Absich'n die Red' sein könnt' und für dich gar nit af'm Spiel stünd' und für mich mehr wie all's, hüt is' das ein beleidigend' Einbilden und ein schandbar' Zumuten!“

Toni schüttelte den Kopf. „Es is' weder ein Einbilden, noch ein Zumuten dabei. Was die Leute erlernen können, wann ich dir gleichwohl über die Weg' schleich', das is' nur für mich abträglich; nur mir g'reicht 's zur Uneh'r' und nur mich macht 's zum G'spött, wann ich dir nachlauf' und kein G'hör find'.“

„Dös is' nit sol' Wisser hab' ich's gleich geacht', ob du am Baum vorhersteiffst, oder ob sich ein Hund dran reißt,

und so lang' mer denken mußt', ich mer' nit davon, konnt' mer mir auch nit verübeln, aber hüt kommt mir zu, daß ich dir verbiet', mir über'n Weg' und unter d' Augen g'geh'n, und das wirst d' dir auch gesagt sein lassen!“

„Nein.“ sagte er leise, aber bestimmt.

„Was?“ schrie das junge Weib, vor Zorn erglühend. „Mit aller G'walt brächt'st mich in Verdacht? Du wollt'st nit?“

„Ich kann nit.“

„Dann spud' ich dir auf offener Straßen ins Gesicht, wie schon einmal, und schrei' es vor allen Leuten aus, doch du pflichtvergess'ner Lump meiner Ehr' nachstellen willst, trotz ich dir dofar all'n Schimpf und Schand' angetan!“

„Ty' s.“

„Hui!“

„Gott recht. Ich g'hör' ja selber, daß ich kein' Ehr' im Leib hab', sonst stünd' ich nit da, wo mer mich nit mag und bettelt' um ein' Fuhrtritt. 's enigig Mannische, was ich noch an mir hab', worauf ich acht', weil mir 's Nichtachten so a schwer' Rehrgehd' kost't, 's Worthalten, verbiet' mir eben, daß ich dir verspröch', ich tät' noch dein'm Will'n. Ein' Wochen etwa vermöcht' ich mich fern'halten, in der nächsten schon zwinget 's mich wieder da her, in deiner Näh' h'rumz'lumgern und g'lauern. Jesses und Josef! ich weis' mich nit aus!“

Die alte Hinzhofer drückte die Schürze vor's Gesicht und schlich durch die Hintertüre aus der Stube.

Selene hatte die Augen gefenkt, nun blickte sie auf. „Was bezweckst denn mit dein'm Raunzen?“

„Bezwecken?“ Er lachte schmerzlich auf. „Frag' n' g'schlagene Hund, warum er heult. Weiß ihm weh is'. O, du mein Gott, wann mer sich nur damel' besser mitainand' verstanden hätten. Ich stünd' hüt groh'äb'rig und frei da; — hätt'it nur du auf mich g'wart'!“

„Leicht gähst du gar noch mir a Schuld?! Rarr du, sollt' ich mich af Jahr' h'nans all'n Aufseindungen von Groh- und Kleinbauern ansieh'n und worten, die g'wisse Schand' vor'n Augen, af's Ung'wisse? Wist denn du nit von mir g'rennt, wie der ertappte Dieb vom Rüb'nfeld und wie der sein Sad, hast mich dahinter lassen?“

(Fortsetzung folgt.)

*) Raunzen = wehklagend reden und sich aberbitten.

Betriebsräte.

Die Afa und die Zusammenfassung der Betriebsräte.

Am Mittwoch fand die erste Sitzung des neu gewählten Arbeitsausschusses des Ortskartells Groß-Berlin der Afa statt. Man beschäftigte sich hauptsächlich mit der weiteren Zusammenfassung der Betriebs- und Angestelltenräte. Hierbei nahm man zur Grundlage den einheitlichen Zusammenschluß für das ganze Reichsgebiet. Die leitenden Gedanken wurden in folgender Erklärung niedergelegt:

Der Ausschuss des Ortskartells der Afa hält es für notwendig, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte im ganzen Reichsgebiet nach einheitlichen Richtlinien erfolgt. Es ist deshalb erforderlich, zwischen dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Berliner Gewerkschaftskommission eine Verständigung herbeizuführen.

Betriebsratkurse der Afa.

Auf die neulich Aufforderung zur Anmeldung für die von der Afa einzureichenden Betriebsratkurse sind so zahlreiche Meldungen eingegangen, daß jetzt schon die Möglichkeit der Einrichtung von Parallelkursen in Aussicht genommen werden muß. Bei weiteren Meldungen ist neben dem Namen der Betriebs- und Wohnadresse auch die Branchenangehörigkeit anzufügen, damit eventuell für einzelne Branchen für die Teilnahme an den Kursen eine besondere Zusammenfassung erfolgen kann. Auf verschiedene Anfragen wiederholen wir nochmals die Thematik der zuerst in Aussicht genommenen Kurse:

„Betriebswirtschaft“ — „Aufbau“ — „Geld- und Vorkursen“ — „Wirtschaft“ — „Betriebsrecht“.

Die Hörgelder für jeden Kursus, der sich über fünf Abende erstrecken wird, ist auf 8 M. festgesetzt worden, ein Betrag, der natürlich nicht einmal die reinen Selbstkosten decken kann. Die Kurse sollen, um Unterbrechungen zu vermeiden und eine ruhige Folge zu ermöglichen, erst nach den Reichstagswahlen beginnen, wahrscheinlich am 8. oder 9. Juni. Nähere Mitteilungen über die demnächst abzuhaltende Gruppenversammlung werden rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Afa-Ortskartell Groß-Berlin.
Platau, Uebelind, Reinsberg.

Gewerkschaftliches.

Delegiertenversammlung der Afa.

Donnerstag, den 20. Mai, fand nach der erfolgten Reorganisation der Afa die erste Delegiertenversammlung statt. Diese Reorganisation war nötig geworden durch das sich immer mehr erweiternde Tätigkeitsgebiet der Afa. Das bisherige Ortskartell, welches entstanden war als Geschäftszweig des früheren Zentralausschusses der Angestellten, schloß Groß-Berlin, erstreckte sich auf ein Gebiet, das sich erstreckte über die Gewerkschaften des Ortskartells Groß-Berlin der Afa. Die Leitung liegt in den Händen der nach früheren Beschlüssen von den drei Hauptverbänden delegierten Geschäftsführer Platau vom Zentralverband der Angestellten, Uebelind vom Bund der technischen Angestellten und Beamten, Reinsberg vom Deutschen Werkmeisterverband.

Die Delegiertenversammlung genehmigte den vorliegenden Entwurf des Statuts und beschloß eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags. Sie wählte gleichzeitig aus den Reihen der Delegierten einen Arbeitsausschuss, der jetzt nur noch aus ehrenamtlichen Kollegen besteht und in dem neben den drei Hauptverbänden noch vertreten sind der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und für das Bühnengewerbe die Gewerkschaft Deutscher Bühnengehörigen. Die Organisation des Ortskartells ist nunmehr ausgebaut wie die der Berliner Gewerkschaftskommission, mit der sie in Zukunft in engerer Zusammenarbeit zusammenarbeiten wird, insbesondere bei der Erfassung der Betriebsräte.

Weiter wurden in der Delegiertenversammlung die Gehälter der Angestellten des Ortskartells neu geregelt und zum Schluß folgende Entschlüsse gefasst als Ersatz des vorangegangenen Beschlusses angenommen:

1. Die Afa-Delegiertenversammlung stellt fest, daß eine Propaganda einer anderen Art der Organisation der Betriebsräte jedem Mitgliede innerhalb seines Verbandes unbenommen bleibt. Die Umwandlung an einer anderen dem Afa-Beschluß widersprechenden Organisation oder die Bildung einer solchen ist dagegen unzulässig.
 2. Die Afa-Delegiertenversammlung beauftragt den Arbeitsausschuss des Ortskartells, den Zusammenschluß der Betriebs- und Angestelltenräte nach dem Beschluß der Versammlung vom 22. April 1920 so sehr wie irgendmöglich zu beschleunigen.
- Mit Befriedigung konnte in der Delegiertenversammlung festgestellt werden, daß trotz der Gegenstände mancher Meinungen die Debatte sich in sachlicher Form bewegte, so daß es möglich war, die gesamte umfangreiche Tagesordnung zu erledigen.

Zum Streit in der Binnenschifffahrt.

Die Zentralleitung der Schiffmannschaften hat beschlossen, am Sonnabend, den 20. Mai, in allen Umschlagplätzen und in den Heimathäfen eine Abstimmung über die eventuelle Fortführung des Streiks vorzunehmen. In der Bekanntmachung an die Schiffmannschaften wird betont, daß es den Gesellschaften mit Hilfe des Reichswaterbauamtes, der technischen Rostwerke und der Mitwirkung der Verbände der Transportarbeiter und Maschinenisten und Seiger möglich geworden ist, einige Schiffe zu besetzen und in Bewegung zu bringen, daß dies aber die Bewegung in fast gar keiner Weise beeinträchtigt, da die gesamte Binnenschifffahrt und die große Masse der Schiffmannschaften noch geschlossen im Streik beharren. Deshalb gibt die Zentralleitung dem Wunsch Ausdruck, daß die Streikenden sich für eine Fortführung des Kampfes entscheiden, bis die Regierung sich bereit erklärt, ein Schiedsgericht einzusetzen, das die Streitursachen untersucht und durch einen Schiedsspruch aus der Welt schafft.

Sollte aber die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen werden, so soll dies nach folgenden Gesichtspunkten geschehen. Der Streik vom 11. April wird als nicht zu Recht bestehend nicht beachtet. Die Schiffmannschaften werden die 10tägige Nachruhe strikte innehalten. Die Sonntagsruhe soll so geregelt werden, daß kein Schiff Sonnabends nach 6 Uhr die Station mehr verläßt und die auf Fahrt befindlichen Schiffe unterbrechen, wenn sie nach 6 Uhr an eine Station kommen, die Reise und sehen diese erst am Montag früh fort. Jede Arbeit auf Land und auf anderen Fahrzeugen wird strikte abgelehnt. Diese Bedingungen sollen solange Geltung behalten, bis eine andere Regelung, welche die Zustimmung des Verbandes der Binnenschiffer findet, eintritt.

Durch diese Beschlüsse haben die Unternehmer nur den Vorteil, daß sie gegenwärtig eine Lohnhöhung nicht zu zahlen brauchen, dafür sind aber die anderen Bedingungen so, daß sie hiervon ungewiss ist so betroffen werden, wie von einer Lohn-
erhöhung.

Die Mannschaften sind gezwungen, diese Maßnahmen zu treffen, denn die Unternehmer und die Regierung hätten es ja leicht machen können, daß die Arbeiter in der Hand haben, die seit Wochen in der Hand haben, den Streik zu beenden. Die Regierung hat es leicht gemacht, die Arbeiter zu beenden, die seit Wochen in der Hand haben, den Streik zu beenden. Die Regierung hat es leicht gemacht, die Arbeiter zu beenden, die seit Wochen in der Hand haben, den Streik zu beenden.

beranden zu erklären. Es geht bereits in Arbeitgebetkreisen, denn die militären Kreise wollen sich dem Zwange der Schorn-
mader in der Binnenschifffahrt nicht mehr fügen.

Die Schiffmannschaften stehen heute seit fünf Wochen im Kampfe ohne jede Unterbrechung, und ihre Entzogenheit ist nicht erschöpfend, sie werden ihre berechtigten Forderungen durchsetzen. Wenn dadurch eine hässliche Binnenschifffahrt der Schifffahrt eintritt, so trifft die Faktoren die Schuld, die jede Verhandlung ablehnen.

Die Lage im Feiseurgebietenstreit.

Wochen nach dem 11. Mai nahmen die streikenden Feiseurgebieten zu der Lage im Feiseurgebieten Stellung. Der Feiseur von der Zentralleitung wies darauf hin, daß nach den heutigen Verhandlungen am Sonnabend ein Schreiben vom Reichsarbeitsminister um an den Interessentenverband der Feiseure abzugeben ist, welches bis Donnerstag noch nicht beantwortet war. Es ist aber bekannt geworden, daß die Arbeitgeber zu anderen Verhandlungen bereit sind und in allerhöchster Zeit eine Vorbesprechung stattfinden soll.

Die Arbeitgeber sind bemüht, unsere liegenden Kasser- und Feiseurkunden gegen die hygienischen Vorschriften zu schließen, da sie nach der Gewerbeordnung keine Handhabung dazu haben. Es verdient besonders festgestellt zu werden, daß die liegenden Kasser- und Feiseurkunden hygienisch einwandfrei sind, da nur Papierwäpfe benutzt wird und nicht eine solche aus Reinen, die teilweise bis zu maximal gebraucht wird.

Für die Genossenschaftler sollen in allerhöchster Zeit Propaganda und Zeichnungen einliegen, desgleichen soll in der nächsten Versammlung ein Referent von der Genossenschaft der Konsumvereine einen Vortrag halten. Größere Körperschaften und Kollegen sollen sich zu Zeichnungen schon bereit erklärt. Die Bewegung der Maschinen auf muß aufrecht erhalten werden, damit unsere Forderungen nicht verloren gehen, aus diesen und anderen Gründen empfehle die Zentralleitung, den Generalstreik fortzusetzen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zentralleitung.

Befristete Forderung der Zeitungsangestellten.

Die Unternehmer im Zeitungsberwerb werden mit der Zeit allgemein üblicher Methode des Verschleppens und Verweigerens, bei ihren Angestellten dieses Mal auf Grund geht. Seit zwei Monaten ist der Vertrag im Zeitungsberwerb abgelaufen. Den einstimmig gefällten Schiedsspruch des Gerichts haben die Unternehmer mit Ausnahme der Arbeiterklasse abgelehnt. Die Beschäftigten der neuen Vertrag ist, um den die Angestellten kämpfen, beweist auch der Umstand, daß der Demobilisationskommissar, der zunächst öffentlich auf Seite der Unternehmer stand, den Schiedsspruch für verbindlich erklärt hat. Die Angestellten sind nun entschlossen, sich diesen Vertrag zu erkämpfen und haben den Unternehmern bis Sonnabend Zeit gelassen, die Verbindlichkeit des Schiedsspruches anzuerkennen. In der gestrigen Versammlung der Angestellten wurde nach einem Bericht von W. H. H. S. und nach zahlreichem Erklärungen der einzelnen Betriebe eine Resolution angenommen, in der die Versammlung das Verhalten der Organisationen billigt und erklärt, daß alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden werden sollen, wenn von den Arbeitgebern die Anerkennung des Vertrages verweigert wird. Des weiteren wurde eine Kommission gewählt, die alle notwendig werdenden Kampfmaßnahmen treffen soll.

Die Krise im Kaffeehausgewerbe.

Der Verband der Kaffeehausgehilfen schreibt und: Unter diesem Titel bringt der Vorstands des Vereins der Kaffeehausgehilfen einen Artikel im „A. M. Abendblatt“. Darin werden die Ursachen der Krise entworfen nicht erkannt, aber die Ursachen entwirrt. Wie in anderen Industrien und Gewerben sollen natürlich auch im Kaffeehausgewerbe nach Ansicht dieses Herrn der Wirtschaftskrisen und insbesondere die hohen Löhne der Angestellten an dem Niedergang des Gewerbes schuld sein. Die Organisation sieht sich durch diese Verurteilung des Publikums gezwungen, die wirklichen Ursachen festzustellen. Die vielen Schließungen von Kaffeehausbetrieben sind in Wirklichkeit auf kapitalistische Transaktionen zurückzuführen. Einzelne dieser Geschäfte sind entweder von Bankinstituten oder Industriellen übernommen für Kurzezeit auf gekauft worden und die Herren haben dabei eine schwere Stange Geld verdient.

Daß heute die Kaffeehäuser nicht mehr von Angestellten, Beamten und Arbeitern besucht werden, ist sehr leicht begründlich. Dies liegt also des Pudels Kern. Infolge der hohen Spannungen zwischen den Preisen aller Lebensmittel und Bedarfsartikeln auf der einen Seite und den unzureichenden Löhnen auf der anderen Seite ist es eben großen Teilen des Publikums nicht mehr möglich, sich den Luxus im Kaffeehaus oder Restaurant zu geben, so leisten. Die Herren Schornmader der gesamten Untermittelorganisations sollten lieber dafür Sorge tragen, daß sich die Gehälter der Angestellten und Arbeiter proportional mit der Preissteigerung erhöhen, dann ständen wir nicht vor dieser allgemeinen Katastrophe im gesamten Wirtschaftlichen. Am Freitag, den 11. Juni, vorm. 10 Uhr, findet in dieser Angelegenheit eine allgemeine Mitgliederversammlung der Kaffeehausangestellten im Kaffeehaus „Hörn“ statt, bei der niemand fehlen darf. Mitgliedsbuch legitimiert.

Schiedsspruch für die Angestellten der Lederwirtschaft.

Die Unternehmer der deutschen Lederwirtschaft haben es seit Ausbruch des Krieges 1914 mühsamst verstanden, ihre Kapitalgewinne auf Kosten des werktätigen Volkes auf das Unerbötliche zu erhöhen. Trotz der jahrelangen glänzenden Konjunktur, die in allen Zweigen der Lederwirtschaft herrschte, wurden die Angestellten der Lederwirtschaft mit Monatslöhnen nach Hause geschickt, die nur als Hungerlöhne im Gegensatz zu der Bereicherung der Arbeitgeber bezeichnet werden konnten. Eine Gehaltsforderung der Angestellten wurde von den Lederbaronen abgelehnt. Der Schiedsgerichtsausschuss, der angestellt worden war, in dem sogar Arbeitgeber der Lederwirtschaft saßen, hätte folgenden Schiedsspruch: Für Lehrlinge, Jugendliche und für Angestellte der Gruppe 1 wird ein Zuschlag von 50 Prozent, für Angestellte der Gruppe 2 einen solchen von 50 Prozent, für Angestellte der Gruppe 3 einen solchen von 40 Prozent zu den alten Sätzen festzusetzen.

Die Angestellten haben in einer öffentlichen Versammlung am 17. Mai sich dem Schiedsspruch schweren Herzens unterworfen. Sollte der Schiedsspruch von den Arbeitgebern abgelehnt werden, so werden die Angestellten wiederum ersehen, was es mit den schönen Worten der Arbeitgeber auf sich hat, wenn sie vor dem Schiedsgerichtsausschuss durch ihren Herrn Dr. Hoff erklären lassen: „Die Angestellten fragen ihnen nicht am Herzen wie die gewerkschaftlichen Arbeiter.“ Auf eine solche Unterwerfung legen die Angestellten keinen Wert und noch weniger Wert legen sie auf schöne Worte, sie wollen Taten sehen.

Reichstagskongress der Erwerbslosenräte Deutschlands.

Am Freitag, den 28., und Sonnabend, den 29. Mai d. J., vormittags 9 Uhr, findet in Berlin, Döberlands Hof, Neue Friedrichstr. 25, im Konferenzsaal, ein Kongress der Erwerbslosenräte Deutschlands statt.

Der Kern der Verhandlungen wird die Stellungnahme zu dem dem Reichstag vorgelegten Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes bilden.

Die Vollerkrankung der Arbeiterkräfte der Arbeitslosen von Groß-Berlin hat beantragt, folgenden Punkt mit auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar gleich an zweiter Stelle:

„Die wirtschaftliche Lage und deren Wirkung auf den Arbeitsmarkt.“ a) Arbeiterentlassungen und Arbeitsbeschaffung, b) Arbeitsbeschaffungsmittel, c) Rotenhandarbeit. Zu dieser Tages-

sind sämtliche Gewerkschaften, sowie die Afa, die Zentrale der Betriebsräte, Betriebsorganisation und die Arbeiterparteien geladen.

Gewerkschafts-Unterkommissionen Köpenick, Montag, den 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Augustin, Koch- und Rosenkrohn-Str., nach der Sitzung. Bescheiden aller Delegierten und Bezirksleiter unbedingt erforderlich.

Zentralverband der Angestellten, 11te 7. Heute abend, 7 Uhr, in Döberlands Hof, Neue Friedrichstr., Versammlung der Delegierten und Funktionäre, L.-C.: Stellungnahme zum Aufbruch der Arbeiter gegen jede Delegierte unserer Liste. Mitglieder des Verbandes als Gäste willkommen.

In dem Bericht über die Versammlung der Postisten und Telegrafisten werden wir vom Verband des Post- und Telegraphenpersonals, Ortsgruppe Berlin, um die Mitteilung ersucht, daß es keine schriftliche Einladung zu dieser Versammlung erhalten habe. Sein Vertreter J. J. sei nicht in der Versammlung gewesen, da der Julek zu dieser vom Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten einberufenen Versammlung nur gegen Beteiligung der Mitglieder der Liste gestattet war.

Wichtig! Säugmader! Sämtliche Betriebsräte und Ortsleiter der Fabriken, sowie Schornmader-Gewerkschaften werden unverzüglich ihre Adressen dem Verbandsbureau ein.

Delegierte des Verbandes der Fabrikarbeiter, welche am Verhandlung in Hannover teilnehmen und auf dem Boden der Opposition stehen, werden gebeten, ihre Adresse an den Untersekretär zu senden. Otto Bach, Köpenick b. Dresden, Tharandter-Str. 78k.

Groß-Berlin.

In unsere Leser!

Die bringen nachstehend die Abonnementspreise der Berliner Berliner Presse, um unsern Lesern und Abonnenten zu beweißen, daß sich kein Zeitungsunternehmen der katastrophalen Preisentwicklung im Papier- und Druckgewerbe entziehen kann.

Abonnementspreis ab 1. Juni 1920:

Berliner Tageblatt	15.— M.
Vossische Zeitung	15.— „
Volkzeitung	7.50 „
Morgenpost	7.50 „
Häfen-Nachrichten	10.50 „
Kreuz-Zeitung	12.— „
Berliner Wochen-Zeitung	12.— „
Deutsche Allgemeine Zeitung	10.— „
Barock	10.— „

Abonnementspreis ab 1. Juli 1920:

Deutsche Tageszeitung	12.— M.
Tägliche Rundschau	12.— „
Post	10.— „

Local-Anzeigen noch nicht festgesetzt.

Bezirksverband West-Brandenburg.

Verschiedenen Anfragen der Bezirksleitungen bezüglich der Stadtverordnetenwahlen nachkommend, teilen wir folgendes mit: Die Kreiswahlvorschläge und Bezirksverordnetenwahlen müssen spätestens bis zum 6. Juni gesondert eingereicht und jeder Vorschlag von mindestens 100 im Wahlkreis zur Wahl berechtigten Personen unterzeichnet werden. Die Geschäftsleitung.

Die Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordnetenwahl.

Die Parteien in Groß-Berlin sind eifrig mit der Suche nach Kandidaten für das neue Groß-Berlin beschäftigt. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß alle Voraussetzungen erfüllt werden, die das Gesetz verlangt. Zunächst muß jeder Kandidat Wähler sein und in der Wahlliste stehen. Er muß über eine Anwesenheit von mindestens einem Jahr in Groß-Berlin verfügen. Bei Einreichung der Kandidatenlisten muß der Kandidat, daß der Kandidat Wähler ist und als solcher in der Liste eingetragen ist, gefällig werden, ferner muß eine Erklärung beigefügt sein, daß der Kandidat die Wahl annimmt. Genaue Adresse, Name und Wohnung, ist selbstverständlich anzugeben.

Die Zahl der Kandidaten ist diesmal besonders hoch. Neben den 225 Stadtverordneten sind in jedem Verwaltungsbezirk Bezirksverordnete zu wählen. Wieviel auf jeden Bezirk entfallen, haben wir bereits mitgeteilt. Die Stadt Berlin wird in 6 Verwaltungsbezirke zerlegt. In jedem Berliner Bezirk sind 45 Bezirksverordnete zu wählen, das sind allein für Berlin 270 Bezirksverordnete. Die Bezirksverordneten werden im Hinblick auf ihren Aufgabenskreis eine weniger zeitraubende Tätigkeit erhalten, als die Stadtverordneten. Darauf ist bei der Aufstellung der Kandidaten Rücksicht zu nehmen.

Für unsere Genossen muß in erster Linie entscheidend sein, Personen zu Kandidaten zu machen, die über genügende Eignung für das Amt verfügen. Trotz der vielen Tages- und Verwaltungsaufgaben dürfen wir das große Ziel nicht aus den Augen verlieren, das unser aller Streben ist, und wir dürfen nicht in Kleinram untergehen. Das wird dann nicht geschehen, wenn Genossen aufgestellt werden, die über Festigkeit und Ueberzeugung verfügen und diesen Beweis schon erbracht haben.

Die Wahlplakate an Säunen.

Der Magistrat möchte verhindern, daß die öffentlichen Bauten mit Wahlplakaten versehen werden. Er rüft die Einwohnerschaft und die bei der Verbreitung solcher Anzeigen und Anträge tätigen Stellen auf, zur Wahrung der öffentlichen Sauberkeit der Straßen und zur Schonung des wertvollen öffentlichen Eigentums und schließlich auch zur Vermeidung der ungewissen Meinungs- und Wiederherstellungskosten Wänden, Springbrunnen und Denkmäler von der Beklebung frei zu lassen.

Besten früh heften am Reichstagsufer an der Mauer große Plakate der christlichen Volkspartei, der „einig wahren Partei des Volkes“ und beschönerten die Mauer.

Räteschule der Groß-Berliner Arbeiterschaft.

Achtung! Betriebsräte!

Der Paroikulus Deutsch (schriftliche und mündliche Beiraterkennung) beginnt am Dienstag, den 1. Juni, abends 7 Uhr, im Zimmer 24. Der Kursus über kommunale Lebensmittelförderung am Mittwoch, den 2. Juni, abends 7 Uhr, im Zimmer 27. Anmeldungen für beide Kurse werden noch bis zum 1. Juni im Bureau, Mühlstr. 24, und außerdem bei Beginn der Kurse im Unterrichtsstoff selbst angenommen. Unterrichtsstoff für beide Kurse ist die 24. Gemeindefschule, hinter der Garnisonkirche 2, erster Seitenfl.

Der Kursus Betriebsräte für das graphische Gewerbe (Buch- und Steinindustrie und Schriftsetzer) beginnt am Freitag, den 5. d. abends 7 Uhr, Zimmer 24. Anmeldungen noch möglich.

Die Not der Kriegsgesunden in den Lazaretten.

Noch immer befinden sich in den Lazaretten Verwundete und Kranke, deren Kriegsgeschädigungen noch nicht behoben sind und die wohl als die am schwersten Geschädigten mit Jug und Recht bezeichnet werden können. Diese Verwundeten und Kranken begehren von der Reichsregierung Gebührende, die den jetzigen Verhältnissen keineswegs angepaßt sind. Der, der jahrelang an das Bett gefesselt ist, und vor sich gleichzeitige Kar ist, mit welchen erheblichen Kosten die Befriedigung solcher Bedürfnisse, von der die Fortschritte in der Heilung nicht unwesentlich abhängig sind, verbunden ist, wird es verstehen, wenn auch unter den Kriegsgesunden in den Lazaretten eine Bewegung Platz greift, die auf eine wirksame Befreiung in ihrer Selbstbindung zielt. Nicht zuletzt wirken die bedeutend höheren Gebührende der Reichswehr- und Heereskörper-Angehörigen, die in den gleichen Lazaretten behandelt werden, verdrüssend auf die Verwundeten und Kranken, die am Krieges ihr Leben für alle eingesetzt hatten. Um ihren Forderungen, die bei der Regierung trotz dringlichster Vorstellungen noch nicht die gewünschte Berücksichtigung gefunden haben, mehr Nachdruck zu verleihen, wollen die Kriegsgeschädigten Lazarettinsassen in einer großen Kundgebung, die am morgigen Sonntag, nachmittags 2 Uhr, im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz stattfindet, an die Öffentlichkeit appellieren.

Verkommene Häuser.

Zu der Morgenausgabe vom 13. April schilderten wir den Zustand, in dem sich die Häuser Straßender Straße 38/39 befinden. Es war schlechthin unmöglich, die Verhältnisse so zu schildern, wie sie tatsächlich lagen. Dieser Tage erhielten wir durch das Wohnungsamt der Stadt Berlin einen Bericht der zuständigen Wohnungsinspektion mit dem Datum vom 30. April (der Amtscharakter ist wohl etwas mäßig), in dem es heißt, daß unter Verzicht „maßlos übertrieben“ sei. Für diese euphemistische Bemerkung wird die famose Wohnungsinspektion nach keiner Richtung hin den Beweis antreten können. Wie stehen vollkommen zu unserem Bericht und fordern von den Herren der Wohnungsinspektion, daß sie uns nachweisen, wo eine Uebertriebung unsererseits vorliegt. Die Wohnungsinspektion gibt aber zu, daß die Häuser außerordentlich schmutzig sind und das Dach sei repariert worden. Neben einer leuchtenden Badung sei auch eine bewohnte besichtigt und festgestellt worden, daß das Klosett einer neuen Dichtung bedürfe. Warum wurden nicht mehr Wohnungen kontrolliert? Trotz unvollkommener Kontrolle stellt aber die Wohnungsinspektion fest, daß unser Bericht maßlos übertrieben ist.

Kaustisch interessant sind die Aeußerungen der Wohnungsinspektion über die Besitzerin der beiden Häuser. Es sei scheinbar nicht normal wäre. Außerdem mache sie den Eindruck einer Bettlerin und scheine mittellos zu sein. Wir fragen das Wohnungsamt, was auf Grund dieser Feststellung unternommen wurde. Sollen die beiden Häuser im Zeichen der drückendsten Wohnungsnot weiter verkommen, solange, bis sie überhaupt nicht mehr bewohnbar sind?

Wenn die Hausbesitzerin nach den Feststellungen der Wohnungsinspektion „nicht normal“ zu sein scheint, dann ist es umgekehrt Erachtens höchste Zeit, daß das Wohnungsamt die unheilvollen Zustände in der Art aus der Welt schafft, indem gegen die Hausbesitzerin das Entmündigungsverfahren eingeleitet wird. Auf keinen Fall dürfen die Häuser weiter verwahrlosten und noch weniger darf die Wohnungsinspektion die Alten über den Fall schweigen, weil mit der Besitzerin angeblich schwer zu verhandeln ist.

Aufruf! Wir bitten alle Personen, die von Beamten der Sicherheitspolizei mißhandelt wurden, um Aufgabe der Adresse und kurze Schilderung des Vorfalles.

Die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen liegen vom 30. Mai ab bis 8. Juni aus. Jeder Wähler vergewissere sich, ob er in der Liste steht, da die Wählerliste für die Reichstagswahl wegen der für die Stadtverordnetenwahl festgesetzte Anwesenheitsdauer von einem Jahre, nicht gleich ist. Es besteht die Gefahr, daß manche Wähler, die in der Reichstagswahlrechte stehen, zu Unrecht gestrichen werden können. Ferner ist es zulässig, wenn ein Wähler zu Unrecht nicht in die Reichstagswählerliste eingetragen war und den Termin veräumt hat, sich für die Stadtverordnetenwahl noch eintragen lassen.

Stadtwahlkreise. Bei den Stadtwahlkreisen in Groß-Berlin werden Stadtwahlkreise ausgestellt. Diese Kreise unterscheiden sich natürlich sehr von den sogenannten Reichswahlkreisen, die zur Wahl im ganzen Reich berechneten. Die Stadtwahlkreise gelten nur für die Stadt Berlin und für jeden einzelnen Stadtwahlkreis, d. h. entweder nur für Charlottenburg,

oder nur für Köpenick, keineswegs aber für alle Wahlbezirke in Groß-Berlin. Diese Stadtwahlkreise werden auch nur an dazu Berechtigte, d. h. an Flüchtlinge, an noch nicht ein Jahr hier anwesende Auslandsdeutsche, Kriegsteilnehmer, die erst jetzt nach Deutschland zurückkehren konnten, und ähnliche Wahlberechtigte ausgegeben. In Berlin berechneten solche Stadtwahlkreise zur Wahl in familiären 6 Bezirken, vorausgesetzt, daß der Inhaber jetzt hier wohnt. Wer in Dichtenberg oder Wilmsdorf sich aufhält, muß sich dann von seinem Aufenthaltsort einen solchen Schein besorgen, kann aber nur dort und nicht etwa in Berlin oder einem anderen Vorort wählen.

Der Bädermeister Kurt Thiele, Bohemstraße 37, ist wegen unzuverlässiger Betriebsführung auf die Dauer von 6 Wochen vom Wehbezug ausgeschlossen worden.

Ein Wohltätigkeitsfest hat der 8. Distrikt von Sonntag, den 30. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Wirtsbau „Zum Steuerhaus“, Landsberger Allee, veranstaltet. Der Ueberblick dieser Veranstaltung soll zu gleichen Teilen den Opfern des Kapp-Putsch und der Schulhaftgefangenen und deren Hinterbliebenen zugute kommen. Wer da weiß, wie viele revolutionäre Arbeiter bei dem letzten Kapp-Putsch ihr Leben lassen mußten, wird begreifen, welche große Not und Elend bei den Witwen und Waisen und sonstigen Hinterbliebenen vorhanden ist. Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß die revolutionäre Arbeiterchaft des 8. und der umliegenden Distrikte sich zahlreich an der Veranstaltung beteiligen. Ihre Mitwirkung haben zugelangt: Gelangenschein Hoffnung 89, Turnverein Fichte, der Arbeiterradfahrerverein Solidarität, Arbeiterathletenbund. Bei ungenügender Beteiligung ist eine große Glashalle, die mehrere 1000 Personen fassen, vorhanden.

Ein großes Kinder-Spiel und Sportfest veranstaltet das Arbeiter-Sportklub Neukölln-Weiß am Sonntag, den 30. Mai, nachmittags 2 Uhr, auf dem Hergbergplatz in Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße. Abmarsch der Kinder unter Vorantritt des Ruffkörpers der freien Turnerschaft Neukölln-Weiß um 1 Uhr von der Turnhalle Weißstraße. Arbeiteralter und Anhänger der freien Turn- und Sportbewegung sind herzlich eingeladen.

Nach fünf Monaten gelangte die Leiche des 48 Jahre alten Schiffers Hermann Bollmer aus der Schützenstraße 5, der am Weihnachtstage vorigen Jahres an der Mühlenammühle am Rahn ins Wasser fiel, sofort unterging und ertrank. Sie kam erst gestern ganz in der Nähe der Unglücksstelle zum Vorschein und wurde von dem Sohne des Ermordeten wiedererkannt und festgestellt. Unbekannt ist noch ein etwa 60 bis 65 Jahre alter Mann, der gestern aus dem Hohenollerndal gelangte und nach dem Untergang des Schiffes in Flüssen gebracht worden ist.

Ein verlorenes Kind ist in der Strausberger Forst aufgefunden worden. Wahrscheinlich ist es den Eltern bei dem Pfingstausflug abhanden gekommen. Der Findling, ein Mädchen von etwa 3 bis 4 Jahren, gibt an, Elise Wiesenheim zu heißen. Er wurde nach dem Restaurant Rollappchen gebracht, wo man sich seiner annahm. Die Eltern sind noch nicht ermittelt.

Auf der Straße Berlin-Eberwalde tritt von heute, Freitag, den 28. d. M., folgende Fahrplanänderung in Kraft, die auch nach Einführung des Sommerfahrplans Gültigkeit behält. Ab Stettiner Bahnhof wird um 11.10 abends ein neuer Personenzug 727 nach Eberwalde gefahren, der um 12.15 in Eberwalde eintrifft. In der Gegenrichtung verkehrt von Eberwalde Zug 414 neu, ab Eberwalde 5.15 früh, an Stettiner Bahnhof 6.27 vorm. Der nur an den Werktagen verkehrende Zug 408, der vor einiger Zeit verlegt worden ist, verkehrt wieder im alten Fahrplan, ab Eberwalde 6.00 früh, an Stettiner Bahnhof 7.12 vorm.

Deutsche, die nicht wählen dürfen. Sonntag, den 30. Mai, um 11 Uhr mittags, findet im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, eine Protestversammlung gegen den von der Exzente erzwungenen Ausschluß der Deutschherrscher vom Wahlrecht statt. Es werden namhafte Redner aller Parteirichtungen sprechen. Die Versammlung ist jedermann zugänglich.

Lebensmittelliste.

Milchversorgung. Von heute ab tritt für die A- und B-Karten die Vollerzeugung IV in Kraft, das heißt: A-Karten 1 Liter, B-Karten 2 Liter, C-Karten 3 Liter, D-Karten 4 Liter. Für die B-Karte gilt die Vollerzeugung I, das heißt: C-Karten 1/2 Liter, D-Karten 1/2 Liter. Die übrige Vollerzeugung bleibt dieselbe wie bisher.

Berlin auf den Abschnitt 2 der Berliner Bezugskarte können von heute bis einschließlich Montag 5 Pfd. Kartoffeln entnommen werden. Auf Abschnitt 5 1/2 Pfd. amerik. Jorealmehl; auf Abschnitt 30 der allgemeinen Lebensmittelkarte 125 Gr. Hofersoden. Die Anmeldeabschnitte sind bis Montag bei den Kleinhandlern abzugeben. Ferner kommen im Monat Juni zur Verteilung: an Kriegsgeschädigte mit einem Erwerbserlust von mindestens 50 Proz. 4 Pfd. Rähmittel; an

Kindern im 1. Lebensjahre 1 1/2 Pfd. Hofersoden; an Kindern im 2. Lebensjahre 1 Pfd. Hofersoden; an Kindern im 3. bis 6. Lebensjahre 1 Pfd. ausländ. Weizenmehl — Von heute ab dürfen 250 Gr. Pferdefleisch und Pferdefleischwaren, soweit der Abschnitt 1 der Pferdefleischkarte bereits beliefert ist, auf Abschnitt 2 der Pferdefleischkarte entnommen werden.

Friedrichshain. In dieser Woche 5 Pfd. Kartoffeln und begirte weiße inländisches Schweinefleisch oder ausländisches Schweine- oder Gansfleisch (250 Gr. einsch. Knochen).

Aus den Organisationen.

1. Distrikt. Sonnabend 7 Uhr Sitzung des Vorstandes und der Agitationskommission der Pong. Gneisenaustr. 35.

2., 7., 8. und 9. Distrikt. Freitag von 8 bis 7 Uhr Handzettel zum Frauenmeeting im Friedrichshain abholen von A. Dietrich, Kommissar Straße 48 (Laden).

7. Distrikt. Freitag 7 Uhr Elternversammlung der 281. Mädchenschule (Hohenlohestraße) in der Aula derselbst. Vortrag des Lehrers Böhm.

7. Distrikt. Freitag 7 Uhr Zusammenkunft der Elternbeiräte der Krombach, Warschauer Straße 61. Genosse Lehrer Steinbeck-Reuköln referiert über: „Die nächsten Aufgaben der Elternbeiräte.“

8. Distrikt. Sonnabend 6 Uhr Versammlung aller Elternbeiräte des Distrikts in der Schulosa Eberthstraße. Mitgliedsbuch legitimiert.

10. Distrikt. Sonnabend 1/2 Uhr Wahlversammlung. Kein Genosse darf fehlen. Treffpunkt: Kohnaplatz an der Kuppler Schule.

17. Distrikt. Sonnabend, 29. Mai, 7 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Tharupaal, Müllerstraße 1. Vortrag: 2. Auffstellung der Stadt- und Bezirksverordneten.

Wahlkreise. Heute 7 Uhr öffentliche Wählerversammlung im Lokal von Schnabel, Hindenburgdamm 104.

Tempelhof. Sonnabend 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung der U. S. P. im Realschulsaal, Kaiserin-Augusta-Straße 19/20. Welche Bedeutung haben die Reichstagswahlen für die arbeitenden Klassen? Ref.: Stadtdirektor Siemsen.

Marionette. Elternbeiräte der U. S. P. und Bildungsaussch. Freitag 8 Uhr gemeinsame Sitzung bei Rechter, Kurfürstenstraße.

Distrikt Alsbarnim-Rohr. Die Ortsgruppen werden ersucht, die Flugblätter von heute mittag ab von der „Freiheit“-Spezial in Panham, Mühlent. 20, abzuholen.

Lichtenberg, 4. Viertel. Sonnabend 8 Uhr, also eine Stunde vor Beginn der Generalversammlung, Bezirksversammlung in der Park- u. Stellungnahme zur Kandidatenauffstellung für die Stadt- bzw. Bezirksverordnetenwahlen.

Pankow. Kommunaler Arbeiterrat. Sonntag, 30. Mai, Agitationspartie nach Wensickendorf: Abfahrt Nordbahnhof früh 6.30 und 7.00 nach Zehlig. Rückzugler 8.02 bei Reinickendorf-Rosenthal, dann 8.35 bis Wensickendorf mit Reindahn. Treffpunkt: Restaurant Rahmer See, Wensickendorf.

Schöneberg, L. M. Sonnabend 8 Uhr öffentliche Wählerversammlung bei Schirmer. Ref.: Genosse Dr. Einstein. — Die Genossen von Glentzke, Hermsdorf, Bergelbe und Hohenneudorf sind dazu eingeladen.

Wilhelmsbagen, Hefenwinkel, Kohnsdorf. Sonnabend 8 Uhr öffentliche Wählerversammlung im Lokal von Ohromisch, Wilhelmsbagen. Die U. S. P. D. und die Reichstagswahlen. Ref.: Gen. Stadtschöneberg, Klein-Schöneberg, Hefenwinkel. Sonnabend 8 Uhr öffentliche Wählerversammlung in Pankow „Waldhof“. Die Reichstagswahlen.

Bereinstellender.

Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen, Ortsgruppe Grotzsch Berlin. Sonnabend 7 Uhr Vollerversammlung im Rathaus, Zimmer 109.

Wahlkreisgruppe. Die Versammlung der Betriebsräte und Betriebsabläufe findet Freitag nach 11 1/2 Uhr in den Kammerlichtspielen, Potsdamer Platz, statt.

Wahlkreisgruppe. Metabeln-Mitglieder! Freitag, 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, Sitzung in den Räumen des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion: Buchdrucker, Buchbinder und Zeitungsverlagsanstalten. Sonnabend 6 Uhr wichtige Versammlung bei Wille, Sebastiansstr. 33.

Freie sozialistische Jugend Sektion. Sonntag, 30. Mai, Besuch bei Ortsgruppe Friedrichsdorf. Treffpunkt: Sämtlicher dem Aktionsbezirk Osten angegliederten Gruppen nachm. 3 Uhr. Hof, Friedrichsdorf. Treffpunkt für Petersburger Viertel und Osten 6 Uhr. Schief. Hof. Musikinstrumente und Fahnen mitbringen.

Arbeiter-Schwimmverein Neukölln. Sonntag, 30. Mai, 9 Uhr vorm. Anbaden aller Abteilungen im eigenen Sommerbad im Stiechkanal beim holländischen Sportplatz an der Grenzallee.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag: Zinchenzug—Kauonen Stadtsport Rauen. Abf. 6.20 Uhr Lehrter Hof. Bei Parteiveranstaltungen über Groß-Berlin fällt die Tour aus. Gäste willkommen!

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Friedenau. Verantwortlich f. d. Inseratenteil: Ludwig Komersin, Kariach. Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbrucker- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Bekanntmachung.
1. Es entfallen auf den Abschnitt 8 der Verteilung...
2. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die Anmeldeabschnitte vom Freitag, den 28. bis Montag, den 31. Mai 1920, bei den Kleinhandlern abzugeben.
3. Die Kleinhandler haben die Anmeldeabschnitte zu den oben aufgeführten Nummern bei den Großhändlern am Dienstag, den 1. Juni 1920, abzugeben.
4. Nicht abgeholte Abschnitte verfallen mit dem 1. Juni 1920.
2. b. Nr. 8105 BZ. Magistrat. Abteilung für Rähmittel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle: Berlin N 54, Linienstr. 83/85.
Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1997, 9714.
Wichtig! Betriebsobleute und Betriebsräte!
Die Betriebsräte der Gruppe Metallindustrie sind seitens der Ortsverwaltung nahezu alle erfasst. Wir erfragen nun die Obleute, uns umgehend auch die Erfahren der anderen frei organisierten Betriebsratsmitglieder, welche nicht Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes sind, anzugeben. In der diesbezüglichen Mitteilung muß der Betrieb und die Adresse der in Betracht kommenden Betriebsräte *enthalten sein. Die Ortsverwaltung.
Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden; speziell veraltete hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutmischung, Salvarsan-Kuren, Licht-Behandlung, Höhenkur, Beseitigung. Oestrenie-Wartezimmer. In der Heilanstalt von nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntag 9-1. Damen 200 211. Rosenthaler Platz.
Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Gegen Luss, komb. Salvarsan-Kuren, Blutmischung, Höhenkur, Beseitigung. Oestrenie-Wartezimmer. In der Heilanstalt von nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntag 9-1. Damen 200 211. Rosenthaler Platz.

Neu eröffnet!
Ich zahle die höchsten Preise für sämtliche Metalle
Kupfer, Messing, Zinn, Blei usw.
Lothringerstr. 48 im Hof
Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Quecksilber zahlt höchste Tagespreise
Prenzlauer Allee 25
Eng. Raabestr. 17.
Spiralbohrer Werkzeuge
Fallen
Schmirgelleinon Holz-u. Maschinenschraub.
Nagel sowie Zinn jeden Posten kauft dauernd Klempner, Heidenfeldstr. 7. Telephon: Alex. 55. Ackerstr. 31. H. Hof. Haha.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Wicklerin
Berla Müller
Grünthaler Str. 19, am 20. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. d. M., vormittags 10 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt. Rego Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Schlosser
Otto John
Hohenneudorf, am 19. d. M.
Die Arbeiterin
Wilhelmine Kaufmann
Lichtenberg, am 19. d. M.
Der Schmittarbeiter
Friedrich Müller
Skalitzer Str. 54c, am 20. d. M.
Der Schmied
Adolf Borowski
Blowstr. 62, am 21. d. M.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

PREISWERTE ANGEBOTE
SCHUHEN!
SCHUH-HAUS
EDICH LEISER
Grotzsch Frankfurt Str. 702
1. Etage an Straßburger Platz

Dynamo- u. Spulendrähte
blank und umspinnen, jedes Quantum, kanten höchstzahlend
O 27, Gröner Weg 100, Köpenickstadt 6232 u. 281.
Elektro-Büro Lustig & Co.,
Zinn kauft zu Tagespreisen Sliotmans, Falkensteinstr. 25, vorn l.
Alt-Metalle von Händler für Engrosverwertung Invalidenstr. 142, 104, 101
Boten-frauen stellt sofort ein
Spedition Döring
Kupfer Rotguss, Messing usw. höchste Tagespreise
Lang, Lichtenberg, Niederbarnimstr. 5, Quart. 11.
Altmetalle Quacksilber, Zinn, Stahl, Silberbruch usw. kauft zu höchsten Preisen
Metallschmelze, Prizziessin-enstr. 17, neben Wertheim (Mortuarplatz).
Schreibmaschinen große Auswahl. Reparatur-Workstätten
Schulke, Linkstr. 1. (Litzow 6272)

Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48
am Weddingplatz
3. Bauselstr. 29
nahe der Turnstraße
4. Neukölln
Karl-Friedr.-Str. 229
nahe Hermannplatz
5. Weidenweg 72
am Hattenplatz.
Stoffe für Anzüge, etc. und billig.
Tuchlager Fritz Uerig, Alte Schönhauser Straße 211.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom kauft
Ingenieurbüro Sollichting
Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Litzow 3705 und 5515
Möbel gegen Bar und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Große Rücklicht. Gekauft Möbel können kostentl. lagern. Kriegsanleihe nehmen in Zahlung. Landwehr, Müllerstr. 7, 1 Tr. direkt am Weddingplatz.
Parabellum-, Arme- Pistolen, Mauser-Pistolen, 9mm, sowie Jagdwaffen kauft zu höchsten Preisen
W. DIEPKE, Kommandantenstraße 36.
Verrückt sind alle Preise nach unten, trotzdem zahle ich für
Alt-Eisen p. Kilo 0.60 M.
Roiguß 7.-, Kupfer 6.-, Messing 3.50 und Zeitungspapier kg 1.- M.
kauft **Behrens,** Ecker Markstr. 71, Flumenstraße 71.

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33, — vis-à-vis der Markthalle —
Kupfer, Messing, Blei, Zinn usw